

# Correspondent

Ercheint  
Montag, Donnerstag  
Sonnabend.  
Wöchentlich 150 Nummern.

für

Alle Postanstalten  
nehmen Bestellungen an.  
Preis  
vierteljährlich eine Mark.

## Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

XXXIV.

Leipzig, Sonnabend den 20. Juni 1896.

№ 69.

**Achtung!** Bestellungen auf das III. Quartal des Corr. wolle man im Interesse geregelter Lieferung umgehend veranlassen. — Nachlieferungen finden nicht statt.

### Verband der Deutschen Buchdrucker. Bekanntmachung.

Die in Nr. 65 des Correspondenten vom 11. Juni 1896 ausgeschriebene II. (außerordentliche) Generalversammlung findet am Montag dem 13. Juli 1896, vorm. 9 Uhr, in Halle a. S. in Haases Bellevue (früher Hofjäger), Lindenstr. 78, mit der ebenfalls in Nr. 65 des Corr. bereits veröffentlichten Tagesordnung statt.  
Der Vorstand.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung (Etwaige weitere Anträge) sind vorläufig folgende Anträge eingegangen:

1. Stellungnahme zu dem geplanten graphischen Kartell. Verbandsvorstand.
2. § 18 Abs. 3 des Statuts zu streichen und dafür zu setzen: „In wichtigen Fragen hat der Verbandsvorstand eine Urabstimmung zu veranlassen.“ Mitgliedenschaft Marburg.

### Die Mythen der diesmaligen Tarifrevision

liefert die Prinzipalität, wie sie schon früher rückwärtslos ihren vertrauten Umgang mit der Verbandsleitung bloßgelegt hat, auch diesmal ohne Strudel.

Der Geschäftsbericht, den der Vorstand des D. B. V. der Generalversammlung vorgelegt hat und der jetzt in der Zeitschrift f. D. B. abgedruckt ist, sagt es aller Welt, „wie es gemacht wurde“, um die diesmaligen Tarifverhandlungen zum Zwecke der Schaffung des „neuen Geschirrs“ der Tarifgemeinschaft, zur Herstellung des Modells für eine die Arbeiterrechte beschneidende Gesetzgebung zu ermöglichen.

Die Gauvorstände hatten bekanntlich im Januar das Verlangen des Verbandsvorstandes, in eine Bewegung zu treten, „um die Prinzipale zu Verhandlungen zu zwingen“, abgelehnt; damals bezeichnete der Verbandsvorstand unmutig die Gauvorstände immerfort als den „ungeeignetsten Apparat zur Einleitung einer Bewegung“ und war stark darüber aufgebracht, daß sie „trotz tagelanger Debatten nicht verstanden, was er wollte“; Herr Heismann fragte sogar danach, was sein Prinzipal wohl zu einem Vorgehen sagen würde? Kurz, die „Verhandlungen“ gelangen nicht und die leitende Prinzipalität war in großer Not, auch dieses Jahr infolge des „Ungeschickes“ der Gehilfen um ihre Sicherheit zu kommen. Was geschah da?

Man hatte doch schon die österreichischen Prinzipale dazu veranlaßt, den Normaltarif mit einer unbedeutenden Arbeitszeitverkürzung auf die Dauer von vier Jahren festzumachen, damit einesteils die deutschen Gehilfen ebenfalls nach der Herumreichung des Neunstundenschinkens leben und dann mit dem Knochen vorlieb nehmen möchten, vor allem aber ein Vorbild hätten, auf wie viel Jahre die schlechten Verhältnisse „stabilisiert“ werden könnten. „Überall

wurde der Grundgedanke der 1891/92er Lohnbewegung, die Verkürzung der Arbeitszeit bei entsprechender Lohnerhöhung, wieder lebhaft aufgenommen, ohne daß jedoch die Leitung der Gehilfenschaft noch Schritte that, um dieser noch unbestimmten Bewegung Form und Ausdruck zu geben.“

Der Geschäftsbericht verschweigt hier sehr fein die Wissenschaft seiner Verfasser von der Ablehnung der Bewegung durch die Gauvorstände im Januar dieses Jahres; abgesehen davon, hat die deutschen Gehilfen die österreichische Tariffabrikation übrigens fast gar nicht berührt.

„In der Prinzipalschaft wurde diese — ersehnte! — Bewegung mit Aufmerksamkeit verfolgt, und wenn auch die festgefügte tarifliche Verhältnisse und die bewährte Stütze, welche die Organisation des Deutschen Buchdrucker-Vereins bot, voll gewürdigt wurden, so konnte man sich der Unsicherheit der Lage und deren lähmendem Einfluß auf die gewerbliche Thätigkeit doch nicht verschließen und wünschte diese Unsicherheit durch klare Kundgabe der Wünsche der Gehilfenschaft und Anbahnung freundlicherer Beziehungen zu derselben sowie durch Zurückdämmen des Einflusses der schädlichen Elemente innerhalb der Gehilfenschaft behoben zu sehen. Dieser Stimmung gaben einige hervorragende Führer der Prinzipalschaft in mehreren Aufsätzen in der Zeitschrift Ausdruck, und sei es nun, daß diese Meinungsäußerungen auf die Gehilfenführer ermunternd wirkten, sei es, daß die Verbandsleitung durch andere Gründe wie z. B. die für einen neuen Lohnkampf anscheinend günstige Lage des Geschäftsganges im Buchdrucker-Gewerbe zum Vorgehen bestimmt wurde: die Gehilfenschaft erklärte sich Ende Februar und Anfang März 1896 allerorten für die Abänderung des Tarifs.“

Der Verbandsvorstand beantragte bereits am 24. Februar, dem Auftrage der Leipziger Gehilfenschaft entsprechend, beim Vorstände des Deutschen Buchdrucker-Vereins, den Zusammentritt beiderseitiger Tarifvertreter zwecks Beratung der seitens der Gehilfenschaft zu stellenden Anträge auf Verkürzung der Arbeitszeit, entsprechende Lohnerhöhung und genaue Präzisierung der streitigen Paragraphen des Tarifs, sah einem Bescheide des Vorstands, ob derselbe geneigt sei, eine Verständigung über vorstehende Punkte zu unterstützen, bis 1. März entgegen und erklärte sich bereit, dann umgehend die Wahl von Vertretern durch die Gesamtheit der Gehilfenschaft zu veranlassen.“

Jetzt wird wohl jeder Kollege merken, welches Spiel mit der Gehilfenschaft getrieben wurde. Die Gauvorsteherkonferenz versagte, da halfen Prinzipalsartikel in der Zeitschrift nach, die Gehilfen auf's Glatteis zu führen! Der merkwürdige M. O.-Artikel forderte bekanntlich die Gehilfen auf, es mit Tarifanträgen bei den Prinzipalen zu versuchen und auch der Corr. schenkte dem Sirenen- gesang Gehör und gab, dazu im selben Augenblick auch von Berlin aufgefordert, die sonderbare Aufmunterung an die Kollegenschaft weiter. Währendem war auch in Leipzig die allgemeine Versammlung zu einem „behutamen“ Vorgehen ein-

berufen, doch bei einem dem Referenten Döblin einschläpfenden kräftigen Worte brach die kampfbereite Stimmung der Kollegen durch und die entseffelten Geister der Menge wollten nun die gelegten Netze zerreißen. Der Referent hatte übrigens eine Resolution von Berlin mitgebracht, in der als Termin für die von den Prinzipalen zu erteilende Antwort der 10. März enthalten war, wie sich nachher herausstellte, der Tag, für welchen der Vorstand des D. B. V. zur Sitzung berufen war! Durch Vorschlag auf unserer Redaktion wurde der 1. März an Stelle des 10. gesetzt. Es gelang der Verbandsleitung, die statt „Bewilligungen“ nur „Verhandlungen“ suchte, in Leipzig und Berlin die „Begeisterung zu erlösen“, und „die Unsicherheit der Lage und deren lähmender Einfluß auf die gewerbliche Thätigkeit“ sollte nun von der Prinzipalschaft durch die fünfjährige Dauer des Tarifs u. a. m. behoben, die „schädlichen Elemente innerhalb der Gehilfenschaft“ sollten „zurückgedämmt“ werden.

So wissen denn jetzt die Kollegen genau, wie sie genasführt wurden. Ihre immerwährende Kampfbereitschaft war den Prinzipalen eine Gefahr, andererseits lag gerade in ihr die Macht der Gehilfenschaft. Für einen Bettel soll dieselbe verschachert werden. Aber zum Glück ist das Räntenspiel bereitst!

Der Generalversammlung werden wir den Nachweis führen, wie die Verbandsleitung seit Jahren, seit vor dem Neunstundenkampfe systematisch auf dieses Ziel losgesteuert ist! Wir legen es den Kollegen nur dringend ans Herz, zur Beurteilung unbeflucht, nicht für den Gang der Ereignisse mehr oder weniger von der Verbandsleitung verantwortlich gemachte oder daran beteiligte Personen als Delegierte zu entsenden!

Im ferneren plaudert der Geschäftsbericht auch aus, warum die Prinzipale das Leipziger Einigungsamt zur Ausschreibung der Wahlen erforen.

„Diese Thätigkeitsäußerung des Leipziger Einigungsamtes erregte als die erste ihrer Art seit Bestehen der Gewerbebehörde Aufsehen und dürfte, namentlich da sie von Erfolg für die in Rede stehende Sache war, in Zukunft wohl vorbildlich wirken.“

Zu dem Zwange der „Einigungsverfahren“, den Herr Baensch-Drugulin auf der 1889er Generalversammlung des D. B. V. als Forderung an die Regierung durchbrachte und womit das Koalitionsrecht matt gesetzt werden soll, gehören auch die Einigungsämter, die nun diesmal bei den Buchdruckern schon „vorbildlich wirkten“. Herr Döblin hat in der Leipziger Versammlung vom 12. März die Methode mit einem Freudenhymnus begrüßt!

Daß die neue Tarifgemeinschaft eine Vorstufe für die Staatsgesetzgebung sein sollte, das hat Herr Kamn auf der Generalversammlung des D. B. V. joeben mit dürren Worten eingeräumt (die Verwahrung Bügensteins, daß die Buchdrucker dem Staate Hebeamendienste leisten wollten, enthält der offizielle Bericht des Prinzipalsblattes dagegen nicht). „Redner spricht seine Befriedigung über die Organisationsvorschläge des Herrn Bachem (Buchdruckerparlament mit Staatsoberhoheit) aus. Die Tariforganisation sei

Vorbedingung für die Verwirklichung der Bachemischen Organisations-Vorschläge.“ Auch hat Herr Büngenstein den Herrn Bachem keineswegs so hart angelassen, wie es einige Zeitungen wissen wollten; die Rheinländer seien vielmehr „liebe Kollegen“.

Mit der Tariforganisation wollen die Herren Prinzipale durchaus keinen Spaß machen, die Behauptung Döblins, die Prinzipale wollten gar nicht einmal vom Tarifamt etwas wissen, erweist sich wie alle seine jüngsten Auslassungen als Nottlüge. Ramm erklärte: „das Tarifamt werde in Zukunft alles thun, das Beschlossene nach allen Richtungen zur Durchführung zu bringen.“ Herr Oldenbourg unterstützte diese Absicht: „Man werde mit aller Energie die Konsequenzen aus diesem Beschlusse (Annahme des Tarifs durch die Generalversammlung) ziehen und den Tarifauschuss und das Tarifamt ins Leben rufen.“ Es wird also Sache der Gehilfen sein, die Anebelung zu verhindern. Buchdruckergehilfen Deutschlands, zeigt euch stark!

## Depeschenwechsel mit dem Tarif-Ausschusse.

Der stellvertretende Gehilfenvertreter des Kreises Sachsen-Altenburg, Kollege Gash, erhielt aus Berlin folgendes Telegramm mit bezahlter Rückantwort:

Berlin, 17. Juni, 4 Uhr 49 Min.

Redakteur Gash, Leipzig, Seeburgstraße 3/5.

Bei Eröffnung der Tarif-Ausschuss-Sitzung um 3 1/4 Uhr stellt es sich heraus, daß durch ein Versehen Ihnen als stellvertretendem Mitgliede für den Kreis VII eine Einladung nicht zugegangen ist. Infolgedessen vertage ich die Sitzung auf morgen früh 9 Uhr. Lokal: Webers Theater-Restaurant, Berlin, Charlottenstraße 58. Ich lade Sie zu derselben hierdurch ein. Sofortige Antwort, ob Sie kommen, wäre mir angenehm. Ramm. Webers Theater-Restaurant, Charlottenstraße.

Auf diese Anfrage ging folgendes Antworttelegramm ab: Leipzig, 18. Juni, 8 Uhr 40 Min. Buchdruckerbesitzer Ramm, Berlin, Webers Theater-Restaurant, Charlottenstraße.

Gemäß Beschlüssen meiner Wählerschaft, deren Aufträgen entgegen letzte Abmachungen getroffen wurden, bleibe ich fern, Protest einlegend, daß gegen Willen der Gehilfen beabsichtigte Dauer und Kündigung des Tarifs sowie Tariforganisation aufrecht zu halten versucht werden. Gash.

## Die Buchhändler-Komödie.

Der Vorstand des D. B. V. gesteht jetzt in seinem Geschäftsbericht an die Generalversammlung ohne Umschweife zu, daß er, was der Corr. von Anfang an behauptete, die Buchhändler auf den Plan gerufen hat. Die Herren glauben ihre Absichten durchgeführt und können es nicht erwarten, ihre diplomatischen Schachzüge aller Welt ruhmredig zu offenbaren.

Der Geschäftsbericht führt aus: „Es erübrigt uns zur Frage der Tarifangelegenheiten noch, einer eigenartigen Bewegung kurz zu gedenken, welche die Abänderung des Deutschen Buchdruckerariffs im Deutschen Verlagsbuchhandel hervorrief.“

Zu Beginn der Tarifbewegung hielt es der Vereinsvorstand, einer Anregung der Innung Leipziger Buchdruckerbesitzer zustimmend, für angeeignet, das freundschaftliche Verhältnis zum Buchhandel wieder zu beleben, das in der 1891/92er Lohnbewegung im Buchdruckgewerbe diesem wie dem Buchhandel so gute Dienste geleistet hatte, und setzte sich zu dem Zwecke unter dem 9. März mit den Vorständen des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler und des Vereins der Buchhändler zu Leipzig in Verbindung. Der Zweck wurde auch erreicht, denn unter dem gleichen Tage sprach der Verein der Buchhändler zu Leipzig die Genehmigung aus, die Buchdrucker im Falle einer aus nicht berechtigten Ursachen eintretenden Arbeitseinstellung zu unterstützen, sich gegen eine Lohnherabsetzung, die aus wirtschaftlich berechtigten Gründen hervorgehen würde, nicht zu sträuben, wödingegen andere Forderungen nicht zugestanden werden könnten, und stellte diesen Zusicherungen die Erwartung voran, daß keine Erhöhung der bestehenden Löhne und folglich der Druckpreise zustande werde, ohne daß der Buchhandel darüber gehört worden wäre. Dieser Erklärung traten die meisten Verlagsfirmen Deutschlands unterzeichnet. Der Vorstand des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler antwortete unter dem 10. April, daß er, wie bei der im Jahre 1891 stattgefundenen Lohnbewegung bereit sei, im Falle die Herren Kollegen im Verlagsbuchhandel dahin zu bewegen zu suchen, bei einem event. eintretenden Streik ihre Arbeiten nach Möglichkeit zurückzustellen,

und um dies rechtzeitig und nachdrücklich thun zu können, um Benachrichtigung von der weiteren Entlohnung der Angelegenheit bitte Eine Erwartung irgend welcher Art sprach der Vorstand nicht aus.

Der Vorstand begrüßte dieses Entgegenkommen, befiel sich die Benachrichtigung der buchhändlerischen Körperschaften von dem Fortgange der Sache sowie die Verständigung mit denselben im Falle nicht zu billiger Forderungen der Gehilfen vor und trat in die Vorbesprechung und in die eigentlichen Tarifverhandlungen mit den Gehilfen ein, welche, wie bereits erwähnt, am 17. April zu dem vorläufigen Ergebnisse der Erhöhung der Grundpositionen um 2 Pf., des Minimums um 50 Pf. und der Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde führten.

Der Vorstand des Börsenvereins wurde unter dem 21. April von diesem vorläufigen Ergebnisse in Kenntnis gesetzt und gebeten, seine Mitglieder, wenn das Abkommen mit der Gehilfenchaft durch die Hauptversammlung des D. B. V. genehmigt sein werde, aufzufordern, die sich ergebende Erhöhung der Produktionskosten, die mit 12 Proz. veranschlagt wurde, mit tragen zu helfen.

Im Begriffe, auch den Verein der Buchhändler in Leipzig zu benachrichtigen, erhielt der Vorstand Kenntnis von einer zweiten öffentlichen Erklärung einer Anzahl Mitglieder dieses Vereins vom 24. April, in welcher jede Tarifserhöhung gegenwärtig als unbegründet bezeichnet, der Entschluß ausgesprochen wurde, den von ihnen beschäftigten Druckerleuten gegenüber jede Erhöhung der Druckpreise abzulehnen, und um Zustimmung der übrigen Verleger zu dieser Erklärung geworden wurde. Dieser Erklärung war ein Verzeichnis von Zustimmungserklärungen zu der mit abgedruckten ersten Erklärung vom 16. März beigelegt, derart, daß es so gedeutet werden konnte, als belege es sich auch auf jene zweite Erklärung vom 24. April. Dies veranlaßte, wie uns bekannt geworden, verschiedene Verlegerfirmen, die als Druckerleihenhaber auch Mitglieder unerss Vereins sind, ihre Unterschrift für die zweite Erklärung ausbrüchlich zu verweigern.

Der Vereinsvorstand benachrichtigte nun unter dem 29. April den Vorstand des Vereins der Leipziger Buchhändler von dem bisherigen Ergebnisse der Tarifverhandlungen, legte aber auch gleichzeitig entschiedene Verwahrung ein gegen die in dem Vorgehen der Verlagsbuchhändler sich mit ausdrückende Ansicht, als hätten die Buchdruckerbesitzer die inneren Angelegenheiten ihres Gewerbes nur mit Zustimmung und unter Kontrolle der Auftraggeber aus dem Verlagsbuchhandel zu ordnen. Im übrigen wurde aber der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der Buchhandel schließlich doch die neuen Lohnvereinbarungen als auch in seinem Interesse gelegen erachten und mit tragen helfen werde, zumal das letztere ihm so leicht als möglich gemacht werden solle. . . .

Inzwischen hat ein weiterer Schriftwechsel des Vereinsvorstandes mit den genannten buchhändlerischen Körperschaften stattgefunden und wir dürfen uns der Hoffnung hingeben, daß die gereizte Stimmung der Verlagsbuchhändler der Einsicht weichen wird, daß Buchhandel und Buchdruckgewerbe auf freundschaftliches Einvernehmen angewiesen sind und daß die weit geringere als anfänglich geschätzte Erhöhung der Druckpreise vom Buchhandel ebenso wie von den übrigen Auftraggebern des Buchdruckgewerbes getragen werden kann.“

Kommentar überflüssig!

## Zur Generalversammlung.

Die höchste Instanz unerss Gewerkschafts soll in wenigen Wochen zusammentreten, und das Schlußwort in der seitfamsten aller unserer bisherigen Tarifbewegungen zu sprechen. Sie soll ferner über die Haltung der Corr.-Redaktion in der Tariffrage zu Gericht sitzen und — etwaige weitere Anträge erleiden.

Fürwahr, eine kurze aber hochwichtige Tagesordnung, von deren einsichtsvollen Erlebung Zukunft, Ansehen und Macht unserer Organisation abhängen dürften. Man darf getroßt behaupten, daß die demnächstige Generalversammlung alle ihre Vorgängerinnen an Bedeutung weit überträgt. Allein der dritte Punkt der Tagesordnung gibt den 67 Abgeordneten die Macht, unsere 22 000 Mitglieder in der gegenwärtigen kritischen Zeit mit neuen Gesetzen völlig zu übercumpeln. Was kann unter diesen „etwaigen weiteren Anträgen“ noch alles zu Tage treten, wozu die Allgemeinheit der Kollegenschaft ihre Meinung nicht erst äußern kann? Und welche wichtigen Beschlüsse sind bei dem ersten und zweiten Punkte der Tagesordnung zu fassen! Darum: Vorsicht bei der Aufstellung und Wahl der Kandidaten zur Generalversammlung! Außerordentliche Sorgfalt ist mehr denn je geboten!

Die jüngsten Kollegenwerten Vorkommnisse haben gezeigt, daß die Kollegenschaft mit der Vertretung ihrer Interessen durch Vereinsbeamte leider nicht zufrieden sein kann. Manche dieser Herren haben die ungewöhnliche Wille säuferung der Allgemeinheit in unbegreiflichem Terrorismus so wenig beachtet, daß man sich foppschüttele fragen muß: „Sind diese Herren des Verbandes wegen oder ist der Verband ihrerwegen da?“ Weil nun aber die überwiegende Mehrheit der Gehilfenchaft vorsichtig und miktrauflauf geworden ist, erscheint es dem Gesamtinteresse nur förderlich, wenn mit dem bisherigen Prinzip unserer Vertretung vornehmlich durch Vereinsbeamte diesmal völlig gebrochen wird.

Man bringe darum zur Vermeidung weiterer Zwistigkeiten innerhalb des Verbandes nur solche Kollegen als Abgeordnete für die Generalversammlung in Vorschlag, die noch praktisch thätig sind. An beschäftigten Kollegen ist durchaus kein Mangel und es kann der Organisation nur zum Vorteile gereichen, wenn das Berufsparlament über jeden Mißtrauensgedanken erhaben erachtet. Nur völlig unbeeinflusste Vertreter sind befähigt, die entstandenen Gegensätze im Vereinsleben zu besänftigen und das geschädigte Ansehen der Organisation wiederherzustellen. Als selbstverständlich erscheint es auch, den Abgeordneten bestimmten Auftrag zu geben: für oder gegen die bekannten Punkte der Tagesordnung zu stimmen.

Die Herren Gauvertreter, deren unbefugte Maßnahmen gegen den Corr.-Redakteur wohl nahezu allgemein verurteilt werden dürften, können, da ihre Absichten sich mit jenen der Kollegenschaft im Widerspruch befinden, als Vertreter derselben zur Generalversammlung diesmal nicht in Frage kommen. Ihre Kandidatur wäre, daß werden die Herren wohl selbst einsehen, völlig aussichtslos.

So bedauerlich die Veranlassung zu der diesjährigen Generalversammlung auch ist, so gut ist es, daß dieselbe Gelegenheit haben wird, über bisher unbekanntes Vorkommnisse zu urteilen und für die Zukunft Klarheit zu schaffen.

Der Wille der Gehilfenmehrheit muß sowohl für die Corr.-Redaktion wie für den Verbandsvorstand unbedingt Geseh sein. Wenn dieses Prinzip bei der gegenwärtigen Bewegung von dem Verbandsvorstand befolgt worden wäre, so hätten wir nicht das leidige Schauspiel erlebt, Gehilfenorgan und Verbandsvorstand im Widerspruch zu stehen. Und das zu einer Zeit, wo die Einigkeit mehr wie je geboten erschien. Bedauerlich ist es nur, daß die Gehilfenchaft die enormen Kosten dieses tatsächlichen Fehlers zu tragen hat und — nichts dabei gewinnt. Man vergesse nur nicht, aus diesem Vorkommnisse für die Zukunft zu lernen!

Wir Gehilfen aber wollen einig bleiben und nicht vergehen, daß wir zusammen gehören. Immerdar soll uns das Bestreben leiten, für die Allgemeinheit Besserstellung zu erringen. Scheinbare Erfolge nützen uns nichts, wenn die Einigkeit und unser Standesbewußtsein darunter leiden. Frei muß unser Gewerkschaftsleben bleiben, wenn wir in wirtschaftlicher Beziehung vorwärts kommen wollen. Für diese Tarifgemeinschaft können wir unmöglich unsere Bewegungsfreiheit aufgeben, ohne uns empfindlich zu schädigen.

Unseren Abgeordneten zur Generalversammlung aber wollen wir zurufen: Ginneg mit diesem Konfens von Tarifgemeinschaft! Zusammenstehen wollen wir im Kampf ums Dasein — hinweg darum mit allem was unsere Kräfte zersplittert!

Guch der Verband!

H.

## Moderne Arbeiterbewegung. Moderne Gewerkschaften.

In der gegenwärtigen Buchdruckerbewegung ist das Bestreben gewisser Leute, die moderne Arbeiterbewegung oder die modernen Gewerkschaften als etwas durchaus Unvollkommenes, tief unter unserer Organisation stehendes hinzustellen, besonders bemerkenswert. „Die modernen Gewerkschaften taugen nichts!“ und wie die Wutausbrüche alle lauten, die man jetzt vielfach zu hören bekommt. Und doch taugen sie viel, doch sind sie sehr beachtenswert und gerade wir Buchdrucker könnten vieles von den modernen Gewerkschaften lernen.

Das ist unzweifelhaft richtig, daß der Buchdruckerverband in betreff der Fürsorge für seine Mitglieder durch seine verschiedenen Kassen-Einrichtungen weit über allen anderen Organisationen steht, und das ist für den radikalfen in unseren Reihen selbstverständlich, daß wir uns diese Einrichtungen erhalten müssen. Daran darf kein Finger gerührt werden, denn gerade durch die Unterstellungen in den verschiedenen Lebenslagen machen wir unsere Mitglieder widerstandsfähig gegen das Kapital, gegen unverkämpfte Anmachungen des Unternehmertums.

Etwas andres ist es mit dem Geiste, in welchem der Verband geleitet wird, in welchem unser Verbandsorgan rebigiert wird. Da müssen wir — leider — gestehen, daß wir in dieser Beziehung noch weit weit hinter den von vielen Kollegen so sehr verkannten, „modernen“ Gewerkschaften stehen. Das kam besonders marfant in der Dresdener „Gash“-Versammlung“ an den Tag. Auf wiederholte Aufforderung Gashes, ihm sel es auch am liebsten, wenn die Streitigkeiten begraben würden, das könne er aber nur, wenn Döblin erkläre, daß er in dem Unternehmer den wirtschaftlichen Gegner des Arbeiters erblicke, konnte Döblin nur mit einem Aufsejzen antworten. Wir sehen also, daß es sich, von den persönlichen Neibereten, für die ich mich nur einmal nicht begeistern kann, abgesehen, lediglich um einen Prinzipienstreit handelt, der aber für die ganze Organisation von weitgehender Bedeutung ist. Die Redaktion des Corr. steht auf dem logisch unbedingt richtigen Standpunkt, wir können es ferner nicht verantworten, daß unsere starke Organisation im Gelfe Hirsch-Dunderfcher Harmonisefeligkeit weitertrappelt (es bezieht ein Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit und dieser hat in der Verbandsleitung und im Verbandsorgane zum Ausdruck zu

kommen), während die Verbandsleitung den „modernen“ Standpunkt für Unsinn hält.

Lesen wir doch einmal andere Gewerkschaftsorgane, wie diese schreiben, dagegen ist der Corr. das reine Waisenkind. Wir verlangen gar nicht so sehr nach der autoritativen Eintrichterung der Milch der frommen Denkungsart. Merkwürdig, sonst singen die Buchdrucker so gerne „frei ist die Kunst“ und hier will man doch sein „Amen“ dazu geben, daß diese Freiheit (nämlich diejenige des Verbandes) an unsere wirtschaftlichen Gegner ausgeliefert wird.

Wir haben uns den tatsächlichen Verhältnissen anzupassen. Es ist eine leere Phrase, wenn behauptet wird, mit dem Prinzip der modernen Gewerkschaften will man gewissermaßen durch die Wand rennen. Nein, das ist das Letzte, was man als Phantasie betrachten könnte. Dieses „moderne“ Prinzip hat eine feste Unterlage, indem es sich auf die vorhandene Tatsache der Gegenseitigkeit der Interessen von Unternehmer und Arbeiter stützt und von diesem Gesichtspunkte aus den Kampf führt; bei dieser Auffassung der Dinge bleibt der Arbeiter lebendig, schläft er nicht ein, weil er sich nicht mit „Harmonie“ vollzufelt. Anders bei der Hirsch-Dunderschen Auffassung. Hier berauscht man sich zu leicht mit dem süßen „Harmonie“-Wein und den Augenbildern des Wohlstandes, um den Arbeitern den Honigleim um den Mund zu schmierem. Wenn nun solche Arbeiter erwachen, und die Junge berührt den Mund, merken sie, wie süß alles schmeckt in der kapitalistischen Welt und flugs gehen sie hin und verkündigen es überall. Die Prinzipale meinen es ja gar nicht so schlecht, auf diesen Leimruten läßt es sich ja sehr gut wandeln usw. Das steht für die Klassenbewußtsten Buchdrucker bombenfest, nicht das „moderne“ Prinzip ist Phantasie, sondern die Hirsch-Dundersche Lehre von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit ist eine für die Arbeiterklasse überaus gefährliche Phantasie, weil sie Begriffe kontruiert, die tatsächlich nie vorhanden waren, noch jetzt vorhanden sind. Das Kapital hat das Interesse, die Arbeiterklasse sich in möglichst weitgehendster Art zur Ausbeutung zu unterjochen, für möglichst viel Arbeit zu wenig wie nur irgend angänglich zu zahlen, während der Arbeiter das entgegengesetzte Interesse hat, seine Arbeitskraft unter möglichst günstigen Bedingungen so teuer wie nur möglich zu verkaufen. Diese Tatsache zu bestreiten, heiße Wasser ins Meer schütten.

Auch das ist nicht wahr, daß das gütlich vereinbarte von längerer Dauer ist; ja, wenn man sich in dieser Weise auf fünf Jahre bindet, allerdings, aber um das zu beweisen, muß man uns schon ein ganz anderes Servis präsentieren können als diese halbbrecherische „neue“ Tarifgemeinschaft. Bei dem gütlich vereinbarten werden sich die Unternehmer immer sagen: „es kommt ja nicht so genau darauf an, es ist ja nur vereinbart. Ganz anders aber, wenn das Unternehmertum dem eisernen Zwange gehorchen, gezwungen ist, uns als eine Macht zu respektieren. Durch solche Abmachungen, wie die neue Tarifgemeinschaft, müssen allerdings die Prinzipale zu der Ueberzeugung gelangen, daß es mit der „Macht“ des Verbandes schlecht bestellt sein muß.

Betrachten wir doch einmal die modernen Gewerkschaften. Haben sie nicht auf dem Gebiete des Lohnwesens viel mehr Erfolge erzielt wie wir. Steinmetze, Maurer, Zimmerleute, haben diese nicht ein anderes Lohnminimum aufzuweisen, als die Buchdrucker? Während man uns auf fünf Jahre ganze 50 Pf. anzubieten wagt, und noch nicht einmal überall, beträgt das Lohnminimum der eben erwähnten „modernen“ Gewerkschaftler 50, 60 und 70 Pf. pro Stunde. Die Steinmetze Dresdens errangen dieses Jahr eine zehnprozentige Ausbesserung nur durch den Druck ihrer Organisation und stehen sich jetzt auf 65 bis 70 Pf. Stundenlohn. Wir Buchdrucker sehen uns auf 35 bis 45 Pf. Stundenlohn durchschmittelt. Das beweist doch zur Genüge, daß man nicht in dem Unternehmer den „lieben Freund Harmoniekontel“ zu sehen braucht, um etwas zu erreichen.

Wir haben ja gesehen, wie die Prinzipalschaft im März dieses Jahres, als wir ernste Saiten anschlugen, so schnell bereit war, zu unterhandeln. Das ist eben unser Fehler: wir handeln zu wenig und unterhandeln zu viel, unterhandeln bedeutet dann meistens „verhandeln“, keine Positionen aufgeben. Eine moderne Gewerkschaft hätte sich wohl gehütet, sich von dem Verhandeln so viel zu versprechen. Die Buchdrucker sind in ihrer Eigenschaft als Unternehmer um kein Haar besser als jeder andere Unternehmer. Da darf man sich keine Illusionen machen.

Die Mitglieder haben es jetzt in der Hand, ihrer Meinung über die „modernen“ Gewerkschaften durch den Stimmzettel Ausdruck zu geben, indem sie den zu wählenden Delegierten insofern ein gebundenes Mandat mitgeben, als sie ihnen eine bestimmte Stellungnahme gegenüber der modernen Arbeiterbewegung abzugeben und danach zu handeln verpflichten.

Das ist die gruselige Geschichte von den modernen Gewerkschaften. Ihr Klassen- und Unterjochungsweesen wollen wir nicht; da sind wir weiter, aber wir wollen dasselbe Prinzip, dieselbe Taktik, Fühlung mit den andern organisierten Arbeitern; wir wollen uns, sprechen wir es getrost aus, auf den Boden des Klassenkampfes stellen. Nur durch den Klassenkampf kann das Proletariat sein Ziel erreichen und dem wollen wir unsere Taktik reichen. A. Nk.

## Steifes Rückgrat

Der die Wahrheit liebt, der muß schon das Pferd am Bügel haben, Der die Wahrheit deutet, der muß schon den Fuß im Bügel haben, Der die Wahrheit spricht, der muß statt der Arme Bügel haben.

wurde von jeher von unseren Vertrauensleuten verlangt, steifes Rückgrat ist dasjenige, was vielen unter uns noch immer gefehlt hat und welches zur Erringung anständiger Arbeitsbedingungen unerlässlich ist, und jetzt wird gegen die zweitoberste Vertrauensperson des Verbandes, den Redakteur des Sprachrohrs, in den unsäglichsten Redensarten hergezogen lediglich dieser Tugend wegen. Und worin gipfeln alle diese Ausfälle gegen Gash? Bis jetzt hat niemand etwas Tatsächliches gegen Gash vorgebracht. Man lese des letzteren Auslassungen und man wird finden, daß dieselben in den anständigsten Formen gehalten sind; in den Angriffen auf Gash indes findet sich weiter nichts als Weisungen über Gashes „gemeine Handlungs- resp. Kampfweise“ und dergleichen mehr.

In der allerneuesten Zeit mokiert man sich darüber, daß Gash persönliche Aussprüche und briefliche Stellen seiner Gegner zum besten gibt. Wir können Gash zu seinem Vorgehen in dieser Richtung nur gratulieren, lernen wir doch dadurch gerade die eigentliche noble Denkart jener Personen kennen. Schade, daß wir dies nicht früher erfahren; wir hätten jene „Führer“ nicht erwähnt und die Niederlage von 91 augenscheinlich nicht zu erleben brauchen, die uns nach der Lektüre der Nr. 67 des Corr. in einem ganz neuen Licht erscheinen muß.

Allerdings sieht es im ersten Augenblicke wie Vertrauensbruch aus, Stellen aus Gesprächen und Privatbriefen zu veröffentlichen. Aber können wir es Gash verargen, wenn er zu solchen Mitteln greift, da er unsre edle Sache elend Schiffbruch leiden sieht; wenn er bemerkt, daß unsere sämtlichen ersten Vereinsbeamten von der Angstmiserei durchhaucht sind? Mußte Gash nicht zu diesem schweren Geschick greifen, um allen einmal die Augen zu öffnen und besonders jenen die Augen zu öffnen, die — um im Tone des Hauptvorsitzenden zu reden — sich durch Redensarten haben „besoffen“ machen lassen?

Wacht auf, Kollegen! Es sieht schweres, wenn nicht gar alles für uns auf dem Spiele! Schreiber dieses hat einen ähnlichen Konflikt, in dem sich die Mitglieder durch den Beizeitsleiter durch Redensarten die Angst in die Beine jagen lassen, vor Monaten erlebt und der Angstmiserei dadurch mit zum Siege verholpen, daß er die leitende Person aus Freundschaftsrücksichten schonte, und zwar schonte, weil er glaube, daß der Betreffende in letzter Stunde Vernunft annehmen würde. Leider mußte Verfasser die Erfahrung machen, daß die Worte Mäßigkeit und Duldung bei den Beizeitern nicht zu finden sind.

Imposante, begeisterte Versammlungen haben sich beschworen lassen, dem Hauptvorstande zuliebe „ten Degen einzusetzen“. Ich erinnere an die ersten, wahrhaft großartigen Berliner Versammlungen, in denen unsere gewandtesten Redner eine wahre Pferdearbeit leisten mußten, um z. B. die Bögen der Entrüstung wegen der Verschleppung seitens des Hauptvorstandes zu beschwichtigen! Ich erinnere besonders an die wirklich meisterliche Rede des Gauvorsitzers Massini, mit der er die Kollegen in eine jubelnde Begeisterung versetzte, daß den anwesenden Prinzipalen schweiß werden mußte, um am Schluß der geplanten Angstmiserei überzugehen in dem Sinne: Ihr habt euch aufgeregt, nun regt euch wieder ab! Es muß uns heute vorkommen, als wären wir damals nicht der für uns ernstesten Sache wegen in so vielen Tausenden zusammengedrängt, sondern als hätten wir einen — Nummenschanz mitgemacht!

Man wirft Gash vor, er habe alle Augenblicke den Kopf gewechselt; wer hat ihn denn hier gewechselt? Massini in Zeit von 1 bis 2 Stunden! Derselbe Massini, zu dem nicht bloß wir Buchdrucker, sondern Tausende und aber Tausende unserer Errungungsgeoffenen unter den Arbeitern mit tiefster Verehrung aufgeblickt haben! Was bleibt denn von der bei Beginn der jetzt so pomphaft zu Grade getragenen Bewegung gepredigten internationalen Solidarität übrig? Glauben wir den österreichischen, schweizerischen u. a. arbeitenden Brüdern mit unsrer Ardehrei imponieren zu können? Werden sie uns beistehen, wenn uns die Prinzipale in schwachen Zeiten den Fuß auf den Nacken setzen? Werden wir je wieder einen Vorstoß zur Unterbringung unserer Arbeitslosen unternehmen können, nachdem in den Gehilfen jeder Mut zu kräftigem Vorgehen systematisch ertötet wird? Heute lesen wir in gleichenden Melodien, daß auf dem Kampfweg nichts zu erringen sei, während uns alle Zeiten gelehrt haben, daß ohne steifes Rückgrat von der Mehrheit der Arbeitgeber nichts Nennenswertes zu erreichen ist.

In einem bereits widerlegten Artikel in Nr. 62 verfuhr ein Berliner Kollege die Errungenschaften „friedlicher“ Vereinbarungen möglichst schmähhaft zu machen. Nun, wir hören ja aus dem letzten Corr., daß diese „Kommentarisierung“ in das Programm unserer schneidigen „Führer“ gehört. Nützlich ist diese Schmähhaftmachung allerdings, denn man hofft, daß der harmlose Leser dabei den Pferdesuß, die fünfjährige Kette mit verschlucken wird. Man vergißt dabei nur ganz, daß die effektiv neunhündige Arbeitszeit, die auf fünf Jahre verankert werden soll, vorher bereits in unzähligen Geschäften

bestanden hat; und daß der Prinzipal die linke Hand nicht als ein unnützes Gerät betrachtet, wenn er mit der rechten gibt, dafür bringt der Corr. Beispiele fast in jeder Nummer.

Was bleibt denn von unserer so viel gepriesenen Kraftvollen Organisation, wenn wir den Prinzipalen gegebenenfalls den Ausfall nicht mehr als Schredmittel entgegenhalten können? Wir können nach der neuesten Schenkung bald einen Rechenschaftsbericht à la Hirsch-Dunder herausgeben. Und wer bei der jüngsten Bewegung den Streik gewollt hat, zeigte sich bei den ersten Verhandlungen, auf denen die Prinzipale sofort das hohe Pferd bestiegen. Daß aber auch den Prinzipalen nicht ernstlich darum zu thun war, durch ihr hochfahrendes Gebahren einen Streik zu provozieren, muß uns jetzt ebenso klar sein: die scharfe Behandlung unserer Vertreter war eben weiter nichts als alles andere — ein Theaterstück! Hätten indessen unsere Vertreter das nötige steife Rückgrat besessen, wollten sie mannhalt handeln, dann müßten sie die hochtrabenden, komödien spielenden Herren auf ihrem hohen Pferde sitzen lassen. Waren wir dann in der Tat nicht gefestigt genug, um den Arbeitgebern ein Machtmittel entgegenzubalten, gut, warten wir — aufgehoben ist nicht aufgehoben. Unter keinen Umständen aber dürften wir solch minimale Verbesserungen auf fünf Jahre festlegen.

Kollege Massini erzählte der erwähnten Versammlung von großartigen Plänen, die er resp. der Hauptvorstand im Kasten liegen habe, die er aber noch nicht verraten könne; heute drängt sich uns das Gefühl auf, als sei an diesen Plänen kein wahres Wort, oder meinte Kollege Massini vielleicht die Pläne, die die Prinzipale angeblich seit 91 im Kasten liegen haben? Unser in politischer Beziehung bisher unanfechtbarer Hauptvorsteher hat den meisten unter uns wohl lediglich seiner nüchternen Ruhe wegen imponiert, jetzt aber können wir sagen, daß uns seine Ruhe unheimlich zu werden beginnt. Er scheint ganz vergessen zu haben, daß ihn die Prinzipale zu allen Zeiten als den größten Feind und Sozialdemokraten verachtet haben, daß sie jede unserer Forderungen ohne Prüfung einfach als sozialdemokratische Wache erklärt haben, sonst könnte er unmöglich mit einem Male dieselben Prinzipale für die vernünftigsten Menschen halten.

In der so wohlfeilen Gauvorsteherkonferenz haben die betr. Sprecher ihrer Reden dunklen Sinn wohl selber nicht verstanden, da man weiter nichts hörte als mystische Andeutungen von Gashes vorgeblichen Zielen; keine definitive Behauptung, keine Tatsachen, keine Beweise! Das Einzige, was man Gash zum Vorwurf machte, war, daß er nicht früher als Warner aufgetreten sei. Liegt es nicht sehr nahe, daß G. bis dahin selber der Düpierte war? Gut für uns, daß er noch zeitig genug von seinem bösen Traume erwachte. Und wenn G. sogar nur zum Scheine bis zum Bruche „mitgespielt“ hätte? Würde er ohne dem die wahren Ziele unsres Hauptvorstandes mit solcher Unzweideutigkeit beweisen können?

Ein Akt wirklicher Klugheit wäre es gewesen, wenn Döblin den Bruch mit Gash ohne jede Öffentlichkeit zugelassen hätte, wenn er hier die goldene Mittelstraße gesucht und gefunden hätte. Für eine solche Ausstrahlung der bebauerlichen Angelegenheit wissen ihm nur die Prinzipale Dank.

Bedenkt, Kollegen, daß die nächste Generalversammlung nicht bloß ein Hochgericht über Döblin und Gash ist, sondern daß sie leicht über eigenes Hochgericht werden kann, laßt euch nicht auch noch mit glatten Reden „besoffen“ machen und gebt euren Abgeordneten gebundene Mandate mit auf den Weg oder wählt Leute, die vor allem das eine besitzen: ein steifes Rückgrat!

Ernst.

## Korrespondenzen.

-i. Bremen. (Zur Generalversammlung.) Die deutsche Kollegenchaft ist durch die neuesten Tarifverhandlungen und die große Bewegung, welche das Resultat dieser Verhandlungen hervorgerufen hat, mehr als je zuvor verpflichtet, aufmerksam und gründlich zu prüfen, ob die Personen, welche an der Spitze unsers Verbandes stehen, ihrer Aufgabe gewachsen sind. Es wird ferner vor allen Dingen die Pflicht der Delegierten sein, dahin zu wirken, daß den Mitgliedern selbst ein größeres Recht eingeräumt wird an der Beratung und an der Beschlußfassung über wichtige Verbandsangelegenheiten. Da ist es nun unbedingt nötig, mit dem alten Unus, unsere Vorstände als Delegierte zur Generalversammlung zu entsenden, zu brechen. Nicht die Vorstände, sondern „gewöhnliche Mitglieder“ sollen den Kollegen die Marschroute der Zukunft vorschreiben. Es müssen unbedingt Männer zur Generalversammlung entsandt werden, welche unbeeinträchtigt urteilen können, wer zum Nutzen oder Schaden des Verbandes gearbeitet hat; unsere leitenden Personen oder unser Redakteur. Unsere Herren Gauvorsteher haben auf der letzten Konferenz geurteilt, ohne sich an die Stimmung zu kehren, welche in den Gauen vorhanden ist. So erklärte z. B. der Gauvorsteher für den Gau Nordwest in der letzten Bezirksversammlung in Bremen, nachdem sämtliche Redner die Tarifabmachungen verworfen und den Gauvorständen das Recht der Abhebung des Herrn Gash abgeprochen hatten, er werde zur Konferenz reisen und dort seine Meinung unbeeinträchtigt zum Ausdruck bringen. Der Herr Gauvorsteher handelte damit nicht allein gegen die Meinung der Bremer Kol-

legen, sondern, wie bekannt, auch gegen die Ansichten der größten Mitgliedschaft des Gaus. Wenn die deutsche Kollegenschaft ihre Vorstände delegieren will, so bedarf es keiner Generalversammlung mehr; dann sind die Kosten unnötig, denn wir wissen, was dann herauskäme: Annahme des Tarifs samt Tarifgemeinschaft sowie Knebelung unserer Pressefreiheit zu Nutz und Frommen unserer Herren Prinzipale. Doch der überwiegende Teil der deutschen Gehilfenschaft hat seiner Meinung bereits dahingehend Ausdruck gegeben, daß auf die „Ergänzung“ einer Tarifgemeinschaft sehr gut verzichtet werden kann, warum? weil 1. es auf der Hand liegt, daß die Herren Prinzipale doch nur das bewilligen, was ihnen abgetropft wird (was ohne Tarifgemeinschaft viel leichter ist) und 2. es dem D. V. B. auch beim besten Willen gar nicht möglich wäre, den Tarif zur Einführung zu bringen, weil nur ein Teil, ungefähr ein Viertel sämtlicher Prinzipale, dem D. V. B. angehört. Und wie selbst in den verflochtenen Jahren nach dem Streik von den sogenannten „Spitzen“ der Buchdruckprinzipale die „Büchsenstein-Obbligationen-Abmachungen“, also auch im begrenzten Umfang ein Tarif, „respektiert“ wurden, davon haben wir genügende Beweise: Wahrgelungen und Schlichterereien bei dem kleinsten Verstoß seitens der Gehilfen, sich ihre Bewegungsfreiheit zu erhalten. Ganz zu schweigen von der großen Befähigung „Ausschlag“, welche unsere Arbeitsmarkt überschwemmen und welche auch in Zukunft lustig weiter betrieben werden soll, da es ja nach berühmtem Ausspruch z. B. „an Maschinenmeistern mangelt“. Verschlechterungen ihrer Lage können die Gehilfen auch ohne Tarifgemeinschaft erfahren, aber sie haben dann doch das Recht, im geeigneten Moment ihre Forderungen durchzusetzen. Die vorgezeichnete lange Kündigungsfrist des neuen Tarifs wäre die Schlinge, in welcher sich die Kollegen verlaufen würden. Doch die deutsche Kollegenschaft dankt für das „Geschenk der Prinzipale“, auch wenn es auf deren Generalversammlung einstimmig zu gewähren beschloß ist; mit großer Einmütigkeit haben die stärksten Mitgliedschaften die Abmachungen verworfen und es ist jetzt notwendig, daß auch die Generalversammlung in diesem Sinn entscheidet. Dieses kann aber nur geschehen, wenn unserer Verwaltung fernstehende Mitglieder als Delegierte entsandt werden. Ohne Voreingemessenheit werden dieselben dann prüfen können, ob etwas Erspitzliches aus den Tarifabmachungen für uns herauszuschlagen ist; sie werden ferner, nach Anhörung beider Parteien, des Vorstandes sowohl wie des Redakteurs, zu entscheiden haben, wer Recht gehandelt hat.

**E. K. Bremen.** Die Bezirksversammlung vom 16. Juni nahm Stellung zur Generalversammlung und wurde in richtiger Würdigung der obwaltenden Umstände Kollege Diemann-Bant in erster Reihe als Kandidat aufgestellt. Genannter Kollege vertrat schon früher den Nordwestgau. In betreffender Versammlung herrschte die Ansicht vor, daß es heute mehr als je nötig erscheint, in unser Parlament Männer zu entsenden, welche frei und unbeeinträchtigt dastehend, die nötige Siderität für ein unparteiisches Walten ihres Amtes gewährleisten und gewillt sind, gewissenhaft das zu prüfen, was dem Gesamtwohl des Verbandes frommt. — Sonst kandidierten noch Kollege H. Rosenlehner, sowie als Stellvertreter die Kollegen Rhein und Hofmann.

**Breslau.** Im letzten Bericht aus Breslau hat sich durch mein Versehen ein unliebsamer Druckfehler eingeschlichen. In der angenommenen Resolution der Kollegen Geßner-Steinbach soll es nicht heißen „das schmachliche Verhalten der Gehilfenvertreter usw.“, sondern das „schwächliche“ usw.

**Darmstadt.** Am verflochtenen Samstag (13. Juni) fand dahier wieder eine allgemeine Buchdrucker-Versammlung statt, in welcher unser Tarifvertreter Dominik-Franfurt Bericht über die Tarifverhandlungen und über seine Thätigkeit als Gehilfenvertreter erstattete. Der Referent entledigte sich seiner Aufgabe in äußerst sachlicher Weise, schilderte die bekannten Vorgänge während und nach den Tarifverhandlungen und schloß mit den Worten, daß er nicht gekommen sei, jemand zu beschuldigen oder sich weis zu machen, denn er set sich bewußt, nur seine Schuldigkeit gethan zu haben. In die Ausführungen des Referenten schloß sich eine teilweise erregte Debatte, in welcher von verschiedenen Seiten betont wurde, daß der neue Tarif speziell für Darmstadt vieles verbessert habe, alle Wünsche seien allerdings nicht befriedigt worden. Man müsse immer wieder darauf hinwirken, daß in Zukunft das jetzt etwa Versäumte nachgeholt, resp. die bei den letzten Verhandlungen gemachten Fehler verbessert würden. Ganz entschieden sprachen einzelne Redner gegen Tarifgemeinschaft, Schiedsgericht und Tarifamt. Die nachfolgende Resolution wurde mit allen gegen vier Stimmen angenommen: „Die heutige allgemeine Buchdrucker-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Gehilfenvertreters einverstanden, spricht demselben ihr volles Vertrauen aus und wünscht, daß in Zukunft die Darmstädter Gehilfenschaft eben so eifrig vorgeht wie diesmal.“

**Duisburg.** 15. Juni. Am Samstag dem 13. Juni fand hier selbst eine allgemeine Buchdrucker-Versammlung statt, welche zahlreich besucht war und sich mit der Einführung des neuen Tarifs im Bezirke Duisburg befaßte. Zu derselben waren auch die Herren Prinzipale und Redakteure eingeladen worden; dieselben hielten es jedoch für unnötig, zu erscheinen. Kollege Bettenworth-Essen referierte in ausführlicher, sachlicher Weise über die Tarifverhandlungen. In der Diskussion sprachen sich alle Redner für eine friedliche Auseinandersetzung mit der

Prinzipalität aus und man kam schließlich zu der Ansicht, daß es am besten sei, die Generalversammlung abzuwarten, um dann nach der Direktive derselben zu verfahren. Schließlich kam folgende Resolution gegen eine starke Minderheit und bei zahlreicher Stimmenthaltung zur Annahme: „Die heute in Duisburg abgehaltene allgemeine Buchdrucker-Versammlung, welche aus den verschiedenen Bezirksorten recht zahlreich besucht ist, spricht dem Gehilfenvertreter des Kreises II (Rheinland-Westfalen) für seine Stellungnahme bei der Tarifberatung ihren Dank aus und verurteilt aufs entschiedenste die ungerechten Vorwürfe, welche demselben in dieser Beziehung gemacht worden sind. Die Versammlung verurteilt ferner die Stellungnahme der Redaktion des Corr. in der Tariffrage und setzt ihr vollstes Vertrauen in den Zentralvorstand, der bei den Beratungen seine volle Pflicht und Schuldigkeit gethan hat.“ Erwähnenswert ist noch, daß die Drucker J. Strund (General-Anzeiger für Duisburg und Umgegend) auf Vorfälligwerden des Personals hin ab 8. Juni die verkürzte Arbeitszeit und Lohnverhöhung für alle Gehilfen eingeführt hat.

**Erzgebirge-Vogtland.** Bericht über die Verhandlungen des Gautages in Zwickau am 31. Mai im Restaurant Belvedere. Herr Paul Jrmischer als Vorsitzender des Buchdruckervereins für Zwickau und Umgegend eröffnete die Versammlung 1/2 Uhr mit Begrüßung der Erschienenen, worauf von einem Zwickauer Arbeiter-Gesangverein ein mit Beifall aufgenommenes Lied zum Vortrage gebracht wurde. Anwesend waren 37 Delegierte, welche 425 Mitglieder in 40 Ortschaften vertraten. Außerdem waren als Gäste eine größere Anzahl Mitglieder aus Zwickau, Weidau, Chemnitz usw. erschienen. Für 16 Durdretende, welche den Verhandlungen mit Aufmerksamkeit bis zum Schluß beiwohnten, wurden je 2 Mk. aus der Gaultasse bewilligt. Aus Schwerin ging ein mit Freuden begrüßtes Glückwunschtelegramm von einem ehemaligen Zwickauer Kollegen ein. An Stelle des Gausvorstandes Herr Stoy, der durch eine in Chemnitz stattgefundene Landeskonferenz am Erscheinen behindert war, übernahm dessen Vertreter Herr Blankenburg den Vorsitz. Als stellvertretender Vorsitzender wurde Herr Jrmischer-Zwickau einstimmig in das Bureau gewählt. Nach unbedingter Annahme der Gaultagesordnung und Genehmigung des Jahresberichts des Gausvorstandes sowie der Jahresrechnung gedachte der Vorsitzende in pietätvollen Worten der im verflochtenen Jahre gestorbenen Mitglieder Herrmann, Goldth und Hofmann. Zur Ehrung derselben erhoben sich die Anwesenden. Die Höhe der Beiträge wurde wie früher (50 Pf.) beibehalten. Desgleichen wurde die Remuneration für die Verwaltung wie in den Vorjahren belassen (2 Proz. der Gesamteinnahme). Als Summe für außerordentliche Unterstellungen wurde dem Gausvorstande das Gesamtvermögen der Gaultasse zur Verfügung gestellt. Dieser Beschluß wurde schon in früheren Gaultagen gefaßt und hat sich in der Praxis durch die gewissenhafte Verwaltung der Gelder vorzüglich bewährt. Zur Prüfung der Mandate war eine dreigliedrige Kommission gewählt und die Gültigkeit sämtlicher Mandate festgestellt worden. Zur Beratung lagen sieben Anträge vor und zwar: 1. Anträge H. Hofmann-Marxtranslat: A. Der Corr. ist für die Mitglieder des Gaus obligatorisch, und zwar pro Mitglied ein Exemplar, event. mit einer Beitragserhöhung von 5 Pf. pro Woche, einzuführen. Die Art des Bezuges sowie der Verteilung ist den Mitgliedern anheimzustellen. B. Die im Gau Erzgebirge-Vogtland konstituierenden Mitglieder dürfen unter keinen Umständen — weder freiwillig noch gezwungen — gegenseitigen Vereinen oder Kassen angehören. In Anbetracht der Machtstellung des Verbandes erklärt der Gaus auch das sogenannte „Verbedtsstehen“ als unzulässig und beschließt: a) Mitglieder, welche gegenseitigen Vereinen oder Kassen angehören, werden aufgefordert — bei Strafe des Ausschlusses — binnen 14 Tagen ihren Austritt aus diesen anzugeben; b) verbedts stehende Mitglieder haben binnen vier Wochen ihrem Prinzipale von ihrer Verbandsangehörigkeit Mitteilung zu machen. Die Unterlassung dieses zieht bei eventuell aus diesem Zustande sich ergebenden Differenzen die Entscheidung der Gau-Unterstützung nach sich. 2. Anträge Zwickau: a) Im § 12, Absatz e des Gausreglements dem vorletzten Satz: „In den Gausvereinen zurückkehrende Mitglieder — bis — der letzten Bestimmung“ folgende Fassung zu geben: „In den Gausvereinen Erzgebirge-Vogtland zurückkehrende Mitglieder treten sofort wieder in ihre alten Rechte ein; ebenso haben aus gegenseitigen Gausvereinen zureisende Mitglieder sofort Anspruch auf den Gauszuschuß.“ — Der Gausvorstand muß dahin wirken, daß die Bestimmung in sämtlichen gegenseitigen Gausvereinen Platz greife. b) Dem § 10 des Gausreglements als zweiten Absatz beifügen: „Die Remuneration an die Mitglieder des Gaus von mindestens 10 Mitgliedern beträgt 1 Proz. aus den Einnahmen der Verbands- und Gausbeiträge und ist am Jahreschluß in Abzug zu bringen.“ c) Der Gaus solle beschließen, vom 1. Juli d. J. ab das Obligatorium des Corr. für die Mitglieder des Gaus einzuführen. 3. Antrag Chemnitz: Der Gaus solle beschließen: „Die Gaultagung ist verpflichtet, je nach Umständen in den Orten, in welchen der Verband noch nicht festen Fuß gefaßt hat, so oft als thunlich Versammlungen zwecks Agitation zu veranstalten.“ 4. Antrag Weidau: Die Mitgliedschaft Weidau beantragt: „Daß den im Gau beschäftigten unter Minimum entlohnenden Kollegen seitens der einzelnen Mitgliedschaften eine Frist bestimmt wird, bis zu welcher dieselben sich

des Minimums zu versichern haben.“ Der Antrag A (Hoffmann) und der Antrag C Zwickau, beide das Obligatorium des Corr. betr., wurden gleichzeitig zur Debatte gestellt und abgelehnt. Dagegen fand folgender Antrag Annahme: „Die Untergetragenen beantragen, das Obligatorium des Corr. so lange auf sich beruhen zu lassen als die Einführung desselben ohne Steuererhöhung nicht möglich ist, vielmehr es den einzelnen Mitgliedschaften zu überlassen, für eine bessere Verbreitung des Corr. Sorge tragen zu wollen. Höfer-Greiz, Raumann-Chemnitz. Der Antrag B. von Hoffmann, Verbedtsstehen betreffend, wurde, weil undurchführbar, verworfen. Dafür wurde gegen drei Stimmen angenommen; „Stelle den Antrag, unter Hinweis auf die Verhandlungen der Generalversammlung zu Breslau und auf das Gausstatut über diesen Antrag, weil nicht strikt durchführbar, zur Tagesordnung überzugehen. Krasser.“ Einstimmige Annahme fand folgende Resolution: „Der Gausvorstand wolle bei den Vorsehern der einzelnen Mitgliedschaften dahin wirken, daß die letzteren möglichst dafür Sorge tragen, daß die im Gau konstituierenden Mitglieder je nach Umständen ihre Verbandszugehörigkeit offen bekennen und sich mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln gegen einen Zwang zum Beitritte gegenseitiger Kassen usw. wehren. Reie-Weidau.“ Hierzu wurde noch betont, daß in Chemnitz verbedts stehende Mitglieder nicht und im übrigen Gau nur vereinzelt existieren. An Stelle des Antrages a) Zwickau, Karenzzeit auf Anspruch des Gauszuschusses für in den Gau zurückkehrende Mitglieder betreffend, wurde während der Debatte folgender Antrag eingebracht und fast einstimmig angenommen: „In den Gausvereinen Erzgebirge-Vogtland innerhalb eines Jahres zurückkehrende Mitglieder treten sofort in ihre alten Rechte wieder ein. Aus gegenseitigen Gausvereinen zureisende Mitglieder haben diejenige Karenzzeit in unserm Gau durchzumachen, welche in den Gausen existiert, aus welchen sie kommen. Meyer-Chemnitz. Seltmann-Annaberg.“ Zum Antrage b) Zwickau, Remuneration an die Mitgliedschaften von mindestens 10 Mitgliedern betr., ging noch ein Antrag ein, wozu die Zahl der Mitglieder auf 20 festzusetzen gewünscht wird. Diese beiden Anträge wurden jedoch hinfallig durch Annahme des folgenden: „Beanträge: Für Mitgliedschaften von durchschnittlich 10 bis 20 Mitgliedern 5 Proz., für solche von 20 bis 30 Mitgliedern 10 Proz. und für Mitgliedschaften über 30 Mitglieder 20 Proz. Remuneration aus der Gaultasse zu bewilligen. F. Brendel. A. Hertel. Pöschel. Nagler.“ Abdann wurde der Antrag Chemnitz, Agitation betreffend, nach kurzer Debatte einstimmig angenommen. Nach Besprechung des Antrages Weidau, in welchem unter Minimum arbeitenden Mitgliedern eine Frist gesetzt werden soll, bis zu welcher sich dieselben des Minimums zu versichern haben, fand derselbe durch nachstehendes seine Erledigung: „Der Gausvorstand wird beauftragt, zur gegebenen Zeit im Sinne des Weidauer Antrages geeignete Schritte einzuleiten. Reie-Weidau.“ Während der Besprechung der Anträge (2 Uhr) trafen die Herren Steinbrück und Meichenbach-Dresden, Schleier-Altenburg und Schumm-Chemnitz, mit diesen Herr Gausvorsteher Stoy aus Chemnitz ein. Dieselben wurden von Herrn Blankenburg begrüßt. Auf Wunsch des Herrn Stoy führte Herr Blankenburg den Vorsitz weiter. Hierauf kam ein Protest der Mitglieder in Treuen zur Verlesung. Dieselben hatten mit Plauen zusammen 4 Gaultagsmitglieder zu wählen und füllten sich zurüdgelegt, weil die Wahl auf 4 Kollegen aus Plauen fiel. Nebenbei sei bemerkt, daß Plauen 40 und Treuen 3 Mitglieder zählt. Diese Angelegenheit wurde dem Gausvorstande zur Regelung überlassen. Hierauf wurde Chemnitz zur Abhaltung des nächsten Gaultages bestimmt. Auch als Bericht wurde Chemnitz wiedergewählt. Unter warmen Worten der Anerkennung für die bisher in musterhafter Weise von Herrn Stoy geführten Gausgeschäfte wurde dieser sowie Herr Blankenburg zur Wahl als Gausvorsteher vorgeschlagen. Herr Stoy dankte zunächst für die Anerkennung, welche ihm von Seiten der Delegierten entgegengebracht wurde. Abdann kam derselbe auf die Wiedererlegung des Mandates des Gehilfen-Tarifvertreters Herrn Nibel zu sprechen und giebt nach längerem Ausführungen bekannt, daß in der in Chemnitz am selbigen Tage früh stattgefundenen Landeskonferenz von je zwei Vertretern aus Leipzig, Dresden, Chemnitz und Altenburg Herr Nibel erklärte, daß er die Meinung der bekannten Leipziger Versammlung, in welcher er sein Mandat niedergelegt, nicht recht verstanden habe und eine etwaige Kandidatur als Vertreter unserer Kreises eventuell wieder annehmen würde. Nach weiteren das Verhalten Nibels kritisierenden Bemerkungen bringt Herr Stoy folgende bei der Konferenz angenommene Resolution zur Verlesung: „Die heute, am 31. Mai, in Chemnitz versammelten Vertreter der sächsischen und altenburgischen Kollegen halten fest, daß die sächsischen Kollegen nicht auf die Vertretung ihres Kreises verzichten dürfen, sie votieren deshalb für eine Neuwahl des Gehilfenvertreters mit der Verpflichtung für denselben, unbedingt den sich notwendig machenden Verhandlungen beizuwohnen. Sie empfehlen den Gehilfen den Kollegen Konrad Eichler-Leipzig. Gleichzeitig giebt die Versammlung ihre Meinung dahin aus, daß den zur Auffstellung des Kandidaten einzuberufenden allgemeinen Versammlungen die Stellung eines Antrages auf Urabstimmung über den neuen Tarif empfohlen werden soll.“ — Am Schluß seiner Rede spricht sich Herr Stoy noch gegen das Vorgehen des Herrn Redakteurs Gaus aus, weil dasselbe geeignet sei, die ge-

schlossenen Reihen der Verbandsmitglieder zu zerplittern, wodurch den Prinzipalen allerdings eine große Gefährdung erwiesener werde. Herr Gash müßte auf alle Fälle Disziplin bewahren. An der nun folgenden dreistündigen Debatte beteiligte sich eine große Anzahl Redner. Alle die Ausführungen hier zu veröffentlichen, das würde der Raum dieses Blattes nicht gestatten. Unter anderem verurteilte Herr Nagler in scharfen Worten das Verhalten des Herrn Nibel, indem er bemerkt, daß letzterer seiner Aufgabe, nicht bloß Vertreter Leipzig's, sondern ganz Sachsens und Mittelburgs zu sein, bewußt sein und sein Mandat unbedingt befehlen mußte. Am allgemeinen sprach sich Redner noch dahin aus, daß ein etwaiges Mißtrauensvotum für den Redakteur des Corr. vollständig unbedeutend sei. Ein weiterer Redner kritisiert das Verhalten und die Wahrheitsliebe der Prinzipale. — Herr Blankenburg spricht sich dahin aus, daß das Verhalten des Herrn Gash zu beurteilen sei, ohne auf die Ansicht des Zentralvorstandes Rücksicht zu nehmen. — Herr Jrmischer erklärt das Vorgehen der Leipziger Kollegen für das einzig richtige, wünscht die Aufrechterhaltung des Tarifs nur von Jahr zu Jahr und erklärt ferner, daß die Waidauer Kollegen sich in der Meinungsverschiedenheit zwischen Zentralvorstand und Corr.-Redakteur auf die Seite des letzteren stellen. — Der als Gast anwesende Herr Steinbrück führte in längerer Rede die wenn auch ungenügenden Vorteile, welche aus der letzten Tarifberatung für uns herausgesprungen, den Anwesenden vor Augen, indem er sich im allgemeinen der Ansicht des Zentralvorstandes anschließt, die Manipulation des Herrn Gash einer scharfen Kritik unterzieht und seiner Verwunderung darüber Ausdruck gibt, daß sich die Waidauer Kollegen zur Farbe Gash's bekennen. Unter Anführung eines Passus aus dem Corr. sucht Redner zu beweisen, daß Herr Gash sich vorher mit den Ergebnissen der Tarifverhandlungen einverstanden erklärt und gegenwärtig eine unbegründete Schwelung gemacht habe, welche sich durch seine Schreibweise im Corr. und durch die von ihm herausgegebene Broschüre dokumentiert. Weiter empfiehlt Herr Steinbrück zu prüfen, ob man einem einzelnen oder einer größeren Anzahl Ehrenmänner wie Herrn Döblin u. s. w. mehr Vertrauen entgegenzubringen habe und ob sich letztere wohl so weit erniedrigen würden, die Gesamtheit hinter sich zu führen. — Herr Brendel bemerkt auf die Aussage verschiedener Kollegen, daß gerade die größten Schreier bei einem Ausstände zuerst unzufallen, was bereits die Erfahrung gelehrt habe. Nachdem noch mehrere Delegierte teils für, teils gegen Herrn Gash gesprochen, suchte Herr Schumann die teilweise aufgeregten Gemüter möglichst zu beruhigen und fireste noch einige Punkte in Tarifangelegenheiten, am Schlusse bemerkend, daß es noch nicht entschieden sei, ob Herr Gash den Karren herausziehen werde, den er hineingeschoben habe, oder ob es andere thun müssen. — Hierauf verlas der Vorsitzende die von Herrn Krasser-Waidau während der Verhandlungen des letzten Kurses der Tagesordnung eingebrachte Resolution nochmals. Dieselbe hat folgenden Wortlaut: „Der heute in Waidau tagende Saugtag des Gauvereins Erzgebirge-Bogland des Verbandes der Deutschen Buchdrucker kann seine Zustimmung zu der vom Tarifauschuß in Berlin beschlossenen fünfjährigen Gültigkeitsdauer des neuen 1896er Tarifs nicht geben und zwar darum nicht, weil die den Prinzipalen abgezwungenen Zugeständnisse (neunzehnstündige Arbeitszeit) zu minimal sind und nicht einmal allen Kollegen zu Gute kommen. Derselbe kann sich überhaupt nur für einen von Jahr zu Jahr geltenden Lohnsatz und eine auf dieser Grundlage stehende Tarifgemeinschaft erklären. Der geplante Tariforganisation muß der Saugtag ebenfalls seine Zustimmung versagen, weil dadurch unserer Organisation die Lebensader, Regelung der Arbeitsbedingungen, unterbunden und unsere bisher gewohnte Selbstständigkeit Schiffbruch leiden würde. Schließlich mißbilligt der Saugtag die zustimmende Haltung der Gehilfenvertreter gegenüber der gegen die Redaktion des Corr. gerichteten Resolution und spricht im Gegenteil hierzu der Redaktion unser Verbandsorgan seine volle Anerkennung für die offene, ungeheute Meinungsäußerung über die gegenwärtige Situation aus, dieselbe als Warnungsruf zu rechter Zeit betrachtend.“ — Dieser Resolution stimmten 15 Delegierte zu, während 10 dagegen waren. 12 Delegierte waren gezwungen, um Bahn gegen waren. Die Resolution wurde 1/8 Uhr beimat zurückzuführen. Die Versammlung wurde 1/8 Uhr geschlossen und war von einem Holzbeamten vom Anstange bis zum Ende überwacht.

**dt. Frankfurt a. M.** Am 15. Juni fand eine zahlreich besuchte außerordentliche Mitgliederversammlung statt, zu welcher Kollege Gash ersehenen war. Kollege Döblin, ebenfalls eingeladen, hatte telegraphisch abgefragt, da es ihm unmöglich sei zu kommen. Zu Punkt 1 der Tagesordnung, Bericht über die Gauvorsteherkonferenz und das Verhalten des Redakteurs des Corr. Gash, erhielt Kollege E. Dominé das Wort. Er führte folgendes aus: „Ein trauriges Bild der Perseveranz bietet gegenwärtig die noch vor kurzer Zeit splitterteitig zusammenstehende deutsche Kollegenschaft. So einmütig die Sache eines Mannes sei, dieselbe jetzt in zwei Lager geteilt. Redner gab hierauf eine kurze Geschichte der gegenwärtigen Bewegung und verlas einige Corr.-Artikel aus dem Anfange der Bewegung, welche beweisen sollten, daß Kollege Gash vollständig mit dem Zentralvorstand und den Gehilfenvertretern einer Ansicht war. Die plötzliche Wandlung Gash's sei nicht zu be-

greifen, wenn es sich nicht etwa darum handle, in der Kollegenschaft einen linken Flügel zu bilden. Hierauf geht Redner auf die Gauvorsteherkonferenz und deren Beschlüsse näher ein und ersucht schließlich die Resolution der Gauvorsteher anzunehmen. Kollege Scoralik betrachtete diesen ganzen Streit als eine persönliche Meinungsverschiedenheit, welche am besten bald zu Ende geführt würde. Er erklärte sich, damit keine anderen Kollegen beachtigt werden könnten, für den Herbeiführer Gash's, er habe geglaubt, daß durch persönliche Diskussion die Differenzen geklärt würden. Es könne Gash nur zur Ehre angerechnet werden, daß er den Wut gehabt habe, offen aufzutreten. Das Mißtrauensvotum der Gehilfenvertreter sei unbedeutend gewesen. Es sei von der Redaktion taktischer gehandelt worden, als von den Gehilfenvertretern, diese letzteren hätten sich bei jedesmaliger Meinungsverschiedenheit Instruktionen von den Mitgliedern holen müssen, aber nicht Beschlüsse fassen dürfen, welche den meisten Kollegen nicht zusagten. Die Instruktion der Gauvorstände bezeichnete Redner als veraltet, sie müsse beseitigt werden. Schließlich schlug Redner folgende Resolution zur Annahme vor: „Die heute stattfindende, ungemünzt zahlreich besuchte Versammlung des Bezirkes Frankfurt a. M. erkennt die Resultate der Tarifverhandlungen, soweit sie sich auf die Befestigung beziehen, an, erklärt aber in der fünfjährigen Gültigkeitsdauer und langen Kündigungszeit einen bedeutenden Nachteil für die deutsche Kollegenschaft und stellt deshalb beim Zentralvorstand den Antrag auf Umrüstung über diese Frage. Weiter erklärt sich die Versammlung mit der Schreibweise des Corr. und dem Verhalten des Kollegen Gash vollständig einverstanden, ist dabei aber der Meinung, daß nymmehr von beiden Seiten, Hauptvorstand und Redaktion des Corr., der Weg friedlicher Verständigung gesucht werden muß und beide Teile künftig wieder einzig zum Wohle des Verbandes sich betätigen.“ Kollege Gash bezeichnete die Vorwürfe des Kollegen E. Dominé als aus Wahrheit und Dichtung zusammengesetzt, letztere sei allerdings übertrieben. Er (G.) sei gegen jede Tarifgemeinschaft gewesen. Die Tarifabmachungen seien Prinzipalarbeit. Wenn die Gehilfenvertreter den Corr. aufmerksam gelesen hätten, so müßten sie die drei instruktiven Artikel, welche vor den Tarifverhandlungen auf Grund der Geschichte gegen die Tarifgemeinschaft erschienen, gefunden haben. Redner erinnert daran, daß die Gehilfenerschaft froh war, als 1891 die Tarifgemeinschaft aufgelöst wurde; man hätte nicht daran gedacht, daß dieselbe jemals wieder zu Tage treten würde. In einer Versammlung in Düsseldorf habe ihm Kollege Bettendorff gestern bestätigt, daß er (G.) sich alle Mühe gegeben, den Gehilfenvertretern klar zu machen, daß sie sich auf einer abschüssigen Bahn befänden. Man hätte bei diesen Verhandlungen die Befestigung der Lage der Gehilfen im Auge gehabt, aber das Gegenteil sei zu stande gekommen, weil sich die Angelegenheit zu sehr verzögert habe. Man habe die Begeisterung der Kollegen nicht für ernst gehalten. Redner erwähnte ein Zirkular an die Gauvorstände, nach welchem die Bewegung dazu dienen sollte, die Verhältnisse der Kollegenschaft zu stabilisieren, dazu sei aber unsere Organisation nicht da, sie sei dazu da, unsre Lage zu verbessern. Ferner habe Döblin in öffentlicher Versammlung erklärt, die Kollegenschaft sei nicht kampfbereit, dies habe sich die kapitalistische Presse zu nütze gemacht und die Bewilligungen seien aus demzufolge mager genug ausgefallen. Döblin habe somit schon im Anfange den Kampfesmut erstickt; wäre dies nicht geschehen, so sei sicher mehr zu erreichen gewesen. Als ihm (Redner) bedeutet wurde, daß die event. Bewilligungen ohne Kampf erreicht werden sollten, da habe auch er sich zur Verfügung gestellt, um möglichst viel für die Kollegen dabei herauszuschlagen. Dieses Bestreben motiviere sein Verhalten in der Maschinenmeisterfrage. Er habe sich gesagt, daß die Prinzipale wohl den Maschinenmeistern eine Stunde frei geben aber die Maschinen nicht eine Stunde stehen lassen würden, und diesbezügliche Vorschläge den Gehilfenvertretern gemacht. Diese hätten nichts Älteres zu thun gehabt, als sich dies für ihre Zwecke zu nütze zu machen. Es sei bei den Leipziger Verhandlungen eine solche Einigkeit zu Tage getreten, daß die Gehilfenvertreter glaubten, auf den uns vorwiegenden Zukunftsstaat verzichten zu können und dafür den Zukunftsstaat der Prinzipale zustimmen zu sollen. Die Abmachungen seien in Berlin noch schlechter ausgefallen als in der Subkommission vorgelegen war. J. B. sei eine Tarifgemeinschaft auf 3 bis 5 Jahre erst in zweiter Linie vorgezogen gewesen. Als die Gehilfenvertreter trotz alledem den Prinzipalen zu Willen waren für die Tarifgemeinschaft, da habe er es an der Zeit gehalten, energisch hergegen Front zu machen. Sein Mandat habe er nicht niedergelegt, um zu verhindern, daß eine dienstwillige Person gewählt werde. Redner kritisiert hierauf die Tarifschiedsgerichte und das Tarifamt, in wichtigen Fällen seien dieselben doch nur für die Prinzipale tätig. Das ganze Nachwerk sei geeignet, uns das Koalitionsrecht zu rauben, er spreche der Arbeiterpresse seinen Dank aus, daß dieselbe das zum Ausdruck gebracht habe. Kollege E. Dominé kritisiert, daß Kollege E. Dominé auf der Konferenz gesagt habe, er sei beauftragt, die Suspension Gash's zu beantragen. Man wisse hiernach nicht, wer maßgebend sei, die paar Leute im Gauvorstand oder die große Mehrzahl der Mitglieder. Er verliest Äußerungen aus Generalversammlungen, wonach der Kampf zwischen Zentralvorstand und Corr.-Redakteur schon immer bestanden habe und bittet die Resolution

der Gauvorstände abzuweisen. Kollege Dorich meint, wir befänden uns auf einer sehr abschüssigen Bahn, wenn der Vertrauensbruch zu entschuldigen gesucht werde. Gash gebe in seinem Reskripte zu, daß die Leipziger Verbändnisse sehr mißliche waren (Unwahr!), daselbe sei von Frankfurt zu sagen. Gerade deshalb könnten wir ganz gut hier dreier, eventuell auch fünf Jahre Ruhe gebrauchen, um unsere Reihen zu stärken. Wir sollten aus dem vorigen Streik die Lehre gezogen haben, daß wir nicht wieder die Erfahrungen Hundert von Familienvätern auf das Spiel setzen dürfen ohne annähernde Garantie des Erfolges, sondern vorsichtiger operieren müßten. Der Zentralvorstand habe in dieser Weise nur fortgesetzt gehandelt. Die Vorstände seien stets in der Richtung tätig, die Schlagfertigkeit unsrer Arme zu stärken, Gash werke hingegen die Fadel der Zwietracht in die Kollegenschaft. Redner empfiehlt die Resolution der Gauvorstände. Kollege Weber (Marburg) ist nach Frankfurt delegiert worden, um die Stimmung der Marburger zur Kenntnis zu bringen. Die Vorwürfe, welche dem Kollegen Gash gemacht wurden, bezeichnet er als ungerechtfertigt. Ebenso verwerfe er den Vorwurf der Indisziplin nicht, wir seien keine Arme, welche auf einen Wink von oben stille zu stehen habe, wir seien eine freie Organisation, welche ihre Führer selbst wähle. Redner konstatiert, daß die Marburger nicht nur die Tarifgemeinschaft, sondern den ganzen Tarif verwerfen. Zur Generalversammlung werde Marburg den Antrag stellen, die Gauvorsteherkonferenzen abzuschaffen, als Kandidaten zur Generalversammlung wurden von Marburg Kollegen E. Dominé (Frankfurt) und Weber (Marburg) in Vorschlag gebracht. Kollege Heilmann (Offenbach) ist ebenfalls gegen jede Tarifgemeinschaft. Kollege E. Dominé weist die ihm gemachten Vorwürfe zurück, die Gehilfenvertreter hätten ihre Schuldigkeit getan, was bei Gash nicht der Fall sei. Kollege Döbl ist gegen die Tarifgemeinschaft, welche uns nur Schaden gebracht habe. Kollege Schmidt (Machlensmeister) begrüßt diese Bewegung deshalb, weil sie die Maschinenmeister etwas aus ihrer lethargie aufgerüttelt hätte, zur Generalversammlung wüßte auch ein Maschinenmeister delegiert werden, damit auch in Betracht kommende technische Fragen ihre Erledigung finden könnten. Nachdem Kollege Scoralik nochmals in längerer Rede seine Resolution empfohlen, wird Schluß der Debatte beantragt und angenommen. Kollege Gash weist in persönlicher Bemerkung die Vermutung Dominé's zurück, er habe vor der letzten Generalversammlung den Antrag Frankfurts auf Obligatorisierung des Corr. aus Nebenabsichten bekämpft, der Hauptvorstand sei ebenso stets gegen die Obligatorisierung gewesen. — Bei der Abstimmung über die Resolutionen wurde die der Gauvorsteher mit 85 gegen 50 Stimmen abgelehnt, ebenso eine vom Kollegen E. Dominé, welche die Tarifgemeinschaft ablehnt, mit 42 Stimmen. Die des Kollegen Scoralik wurde mit 83 Stimmen angenommen. Als Kandidaten zur Generalversammlung wurden in Vorschlag gebracht: Kollegen E. Dominé, Scoralik, Schmidt, v. Lospicht (Frankfurt), Weber (Marburg). Zum Johannistag wurden den Konditionslosen und Durdressenden 2 Mk. bewilligt.

**r. Freiburg i. B.** 17. Juni. Eine am letzten Samstag stattgehabte Mitgliederversammlung, welche von 45 — bei 136 gegenwärtig hier konditionierenden — Mitgliedern besucht war, beschäftigte sich mit der gegenwärtigen tariflichen Lage. Die etwa 1 1/2 stündige Debatte, während welcher sowohl für als gegen die Berliner Abmachungen gesprochen wurde, zeltigte die beiden folgenden Resolutionen: 1. Die heutige Versammlung des Bezirkes vereins Freiburg i. B. des B. d. D. B. erklärt die Beschlüsse des Tarifauschusses in Berlin als eine die freie Bewegung unsrer Organisation hemmende und die Würde des Gehilfenverbandes verletzende Abmachung und ersucht Kollegen Knie in Stuttgart, sich seiner Funktion als Gehilfenvertreter bis nach der außerordentlichen Generalversammlung zu begeben. — Sie bedauert ferner die Verschleierung der ersten Abmachungen in Leipzig durch Kollegen Gash, spricht diesem jedoch wiederum für sein nachheriges energisches und offenes Vorgehen ihre Verbleibung aus. — Zum Schlusse beauftragt sie den zur außerordentlichen Generalversammlung zu entsendenden Delegierten nach jeder Richtung hin im Sinne dieser Resolution zu handeln. 2. Die heutige Bezirksversammlung bedauert den zwischen dem Zentralvorstandenden Döblin und Redakteur Gash ausgebrochenen Zwist und betrachtet denselben als die Gesamtinteressen schädigend; dieselbe hofft, daß derselbe baldigst beigelegt werde. Die Versammlung heißt ferner die getroffenen Vereinbarungen gut und will auch das bereits Erreichte mit allen zu Gebote stehenden Mitteln festgehalten wissen. Bezüglich der Stellung des Redakteurs will die Versammlung, daß dieses Amt nie mit dem Zentralvorstand verbunden werde; überhaupt soll die Haltung des Corr. fortwährend eine unabhängige sein. Ersterer erhielt 20 Stimmen, während letztere 12 Stimmen auf sich vereinigte bei 13 Stimmenenthaltungen.

**Greiz.** 15. Juni. Die gestern im Restaurant Neumühle abgehaltene Versammlung von Verbandsmitgliedern aus Greiz nahm einstimmig folgende Resolution an: Die heutige Mitgliederversammlung bringt in Anbetracht des jetzigen extremen Vorgehens des Corr.-Redakteurs Herrn Gash dem Verbandsvorstande sowie allen Gehilfenvertretern ihr volles Vertrauen entgegen und fällt die gegenwärtige scharfe Schreibweise des Herrn Gash im Corr. für eine dem fernern Gedeihen des Verbandes durchaus schädliche.

**Gera.** Um einer Stimmenzerspaltung vorzubeugen ist der von der Mitgliedschaft Gera als Kandidat zur Generalversammlung vorgeschlagene Kollege S. Natorf zu Gunsten Fiedler-Gera zurückgetreten. Wir bitten die Kollegen im Gau Osterland-Thüringen, dies allseitig beachten zu wollen und ihre Stimmen bei der Wahl auf die Kollegen Michaelis-Erfurt und Fiedler-Gera zu vererben.

**S. Kiel.** In der Versammlung am Sonntag, 14. Juni, hatte die Mitgliedschaft Stellung zu nehmen zu den Tarif-Abmachungen und zu der Fassung des Corr.-Redakteurs Herrn Gaisch. Nachdem Herr Schwan-Plönsburg, welcher in Vertretung des Bauvorstehers Heilmann der Bauvorsteherkonferenz beigewohnt, ausführlichen Bericht über dieselbe erstattet hatte, sprachen fast sämtliche Redner in dem Sinne, daß das Verhalten des Herrn Gaisch nicht zum Vorteil der Organisation sei, sondern nur Zerspaltung in unseren Reihen verursache. Es wurde mit 42 gegen 4 Stimmen folgende Resolution angenommen: „Die heutige Versammlung der Mitgliedschaft Kiel erkennt die langjährige Thätigkeit des Kollegen Gaisch im Interesse des Verbandes an, ist aber der Ansicht, daß sein gegenwärtiges Auftreten nicht zum Wohle der Organisation gereicht, sondern zur Sprengung derselben führt. Sie erklärt sich in Ermangelung eines Besseren mit dem neu-geschaffenen Tarif einverstanden, in der Hoffnung, daß derselbe allgemein zur Einführung gelangt und so dem größeren Teile der Kollegen, nicht nur den Großstädten, zu Gute kommt. Dem dem Tarif angehängten unnützen Ballast zu befechtigen, das überläßt sie der General-Versammlung.“

**Landau.** 15. Juni. In der gestern hier abgehaltenen allgemeinen Buchdrucker-Versammlung — die sehr schlecht besucht war, denn von dreizehn Mitgliedern des Bezirks waren nur vierzehn anwesend — wurde mit sieben gegen zwei Stimmen bei fünf Stimmenthaltungen nachstehende Resolution angenommen: „Die heutige Versammlung spricht ihrem Gehilfenvertreter Herrn Knie, sowie dem Zentralvorstand ihr volles Vertrauen aus; sie bedauert zwar auch die geringen Ergebnisse der Tarifberatungen und hätte es für besser gehalten, wenn die Gehilfenvertreter die Verhandlungen abgebrochen hätten, als sich u. a. auf eine fünfjährige Willkürdauer des Tarifs einzulassen, nichtdestoweniger kann sie die gegenwärtige Haltung des Corr., als unsere Organisation aufs schwerste schädigend, durchaus nicht billigen.“ Eine der Versammlung ebenfalls vorgelegte Resolution zu Gunsten des Corr.-Redakteurs war vom Einbringer wieder zurückgezogen worden, nachdem sich die meisten Redner dagegen ausgesprochen hatten.

**Leipzig.** (Ein erstes Wort an die Drucker und Maschinenmeister.) Wohl selten hat sich für uns auf dem Felde der Behauptung um die gewerkschaftlichen Fragen die Gelegenheit so günstig gestaltet wie gegenwärtig. Einen Frevel, ein ungerichtetes Verbrechen würden wir begehen, wenn wir gleichgültig und interesselos den uns so brennenden Fragen zuschauen würden. Haben wir nicht berechtigte Ursache, unsern Unwillen aufs schärfste zum Ausdruck zu bringen über die Beschlüsse unserer Vertreter? Können wir nicht schon seit längerer Zeit im Tarif ausgebrütet sein sollen zum Schutze der willkürlichen Ausbeutung unserer Arbeitskraft? Warum ließen sich unsere Vertreter herbei, noch mehr lauscherartige Bestimmungen zu schaffen gegen unsern Willen? Sind wir, das eine Häuflein, den übrigen vier Häuflein so geringwertig? Man versucht nun, diese Abmachungen auf eine Person abzuwälzen — sind nicht aber alle beteiligten Gehilfenvertreter daran schuld durch ihre gegebene Zustimmung? Und all diese schmählichen Abmachungen wurden getätigt mit einer Tarifgemeinschaft, einer Fesselung unserer ganzen gewerkschaftlichen Entwicklung auf Jahre hinaus. Wir haben viel gelernt aus dieser Epoche; man wöhlan, rafften wir uns auf, schaffen wir aus eigener Kraft, heben wir den Schuh selbst auf, denn wir wissen allein am besten, wo er uns drückt. Es ist tief bedauerlich, daß einige unserer Herren Vertreter noch versuchen, ihre Mäcke uns wohlwollend auf die Baden schüttern zu wollen, uns vorzuwerfen, wir streben Sonderinteressen an. Weisen wir das energisch zurück. Innerhalb unsers Verbandes, dessen Programm uns heilig ist, wollen wir mitarbeiten, von dem Vorwurf untrer lethargie uns reinigen, aber nicht am Gängelband einiger Herren, die uns schände getraut haben, wollen wir uns lenken und leiten lassen, nein, auf eignen Füßen wollen wir marschieren und thatkräftig in die Geschicke unsers Vereinslebens mit eingreifen und mit bestimmen. Wir haben erkannt, daß wir eine Macht sind in dem Kampfe zur Eringung besserer Lohnbedingungen. Kollegen! An uns liegt es mit, auf die ferneren Geschicke einzuwirken. Die Generalversammlung, die höchste Behörde unsrer Organisation, findet in einigen Wochen statt. Da ist der Ort, ein ernstes Wort einzulegen, um uns unseren berechtigten Forderungen näher zu bringen. Vereites sind die Delegiertenwahlen ausgeföhren. Es gilt daher, Männer, vorurteilsfrei, mit klarem Blick, an der richtigen Erkenntnis, daß Kapital und Arbeit feindlich gegenüberstehen, zu entsenden, die rücksichtslos unsere wahren Interessen verteidigen. Allerorts mögen sich die Drucker und Maschinenmeister in ihren Klubs, Vereinen usw. aufraffen und bestimmt für geeignete Vertretung Sorge zu tragen handeln wir in dieser Weise, so kommen wir ein Stück vorwärts und der Vorwurf, wir Drucker wären durch

unser faumseliges Verhalten an unsrer Lage selbst schuld, fällt in sich zusammen. Zeigen wir, daß wir keine Vertrauensbüffel treiben wollen und fern jeder Hirsch-Dunderel sind, indem wir lebhaft an der Delegiertenwahl teilhaben. Nur in der Einigkeit liegt unsre Macht.

**H. Warburg.** Die am vergangenen Sonnabend stattgehabte Bezirksversammlung beschäftigte sich mit der bevorstehenden Generalversammlung. Folgender der G.-V. zu unterbreitende Antrag fand einstimmige Annahme: Dem § 18 Abs. 3 des Verbandsstatuts ist folgende Fassung zu geben: „In wichtigen Fragen hat der Verbandsvorstand eine Urabstimmung vorzunehmen zu lassen.“ Ferner wurde die alte Frage wieder angeregt, ob es nicht an der Zeit sei, mit der Inzitation der Gau-Einteilung zu brechen. Nach mehrfachen Für und Wider beschloß die Versammlung, da ein entsprechender Antrag nicht vorlag, diesen Gegenstand vorläufig zurückzustellen. Als Delegierte zur Generalversammlung wurden E. Dominé-Frankfurt und Weber-Warburg aufgestellt.

**wg München.** 15. Juni. Die für gestern hier einberufene Vertrauensmänner-Konferenz, in welcher die Vertrauensmänner fast sämtlicher bayerischen Mitgliedschaften vertreten waren, beschäftigte sich eingehend mit der Frage, wie einer durch die Schreibweise des Redakteurs Gaisch im Corr. zu befristenden Zerspaltung der Mitgliederkreise innerhalb des bayerischen Gauces vorzubeugen sei. An der Debatte herüber beteiligten sich sämtliche Delegierte, aus deren Berichten zu entnehmen war, daß der allergrößte Teil der bayerischen Mitgliedschaften, auch in kurz vorher stattgefundenen Versammlungen, das Vorgehen Gaischs entschieden mißbilligt und verurteilt. Es wurde die Kampfweise desselben als eine unqualifizierende und die Organisation schwer schädigende einer scharfen Kritik unterzogen. Einige Delegierte, die sich anfänglich für die jetzige Haltung des Corr. erwärmten, wurden durch die ihnen in der ausführlichen Diskussion gewordenen Aufklärungen eines andern belehrt. Es wurde beschlossen, den Mitgliedern zu empfehlen, zur bevorstehenden Generalversammlung nur solche Kandidaten aufzustellen resp. zu wählen, die sich auf den rein sachlichen Standpunkt stellen und nur das Beste der Organisation im Auge hätten. Auch sollte den Delegierten kein gebundenes Mandat mitgegeben werden. Schließlich wurde noch folgende Resolution mit 22 gegen 1 Stimme angenommen: „Die heutige Vertrauensmänner-Konferenz des Gauces Bayern bedauert die in den letzten Wochen geführte unqualifizierte Schreibweise des Corr., welche einen jede Sachlichkeit negierenden Charakter angenommen hat und persönliche Verdächtigungen gegen die Verbandsleitung und die Gehilfenvertreter nicht scheut. Die Konferenz drückt dem Redakteur Gaisch wegen seiner Schreibweise und wegen der fortgesetzten Vertrauensbrüche ihre entschiedene Mißbilligung aus.“ Betreffs der Tarifabmachungen sprachen sich sämtliche Vertrauensmänner für Annahme derselben aus, während man bezüglich der Tarifgemeinschaft geteilter Meinung war. (Die Vertrauensmänner der bayerischen Mitgliedschaften haben, wie ersichtlich, dem Unterzeichneten wegen „persönlicher Verdächtigungen“ der Verbandsleitung und der Gehilfenvertreter sowie wegen „fortgesetzter Vertrauensbrüche“ ihre Mißbilligung ausgesprochen. Betreffs des erstern Punktes hätten sie die Verwahrung wohl den angegriffenen Personen überlassen dürfen, die ja wissen, wie sie sich reinigen können, in betreff des zweiten Punktes kann ich mir das Recht von niemand verkrümmern lassen, gegen die unwahren Beschuldigungen meiner Person und zugleich zum Nachweise des seit Jahren mit der Organisation getriebenen Mißbrauchs Verteidigungsmaterial anzuföhren. Der Vorwurf des Vertrauensbruchs ist sinnlos; wie wollten die Kollegen Klarheit schaffen und mit Sachkenntnis urteilen, wenn ihnen nicht das Material dazu unterbreitet wird? „Vertrauensbrüche“ liegen vor bei Auslieferung vertraulichen Materials an die Gegner, nicht an die Beteiligten, und die Gegner profitieren von der Preisgabe der aufgestellten Behauptungen der Verbandsleitung und ihrer Mitarbeiter beim Tarife nichts, weil diesen Behauptungen widersprochen wird. Die jungenglante Sophistik wird nicht zum Stillstehen bringen. Mögen die bayerischen Vertrauensmänner ihre Mißbilligung aufheben bis nach der Generalversammlung, wenn ich außer stande sein sollte, die „Verdächtigungen“ zu beweisen. Bis jetzt ist noch keine einzige „Verdächtigung“ abgestritten, ein großer Teil der Anschuldigungen ist vielmehr schon allein durch die Ereignisse glänzend befrätigt worden. Mit dem Vorwurfe, daß der Unterzeichnete die Sachlichkeit beiseite lasse, werden die mir gegenüberstehenden Herren die Thatfache nicht aus der Welt schaffen, daß ich die Sache vor alles gestellt und persönlich nur das entgegen habe, wo man mich dazu zwang und dann anständiger wie man sich gegen mich ausließ. A. Gaisch.)

**Aus dem Dergau.** Zum letztvergangenen Sonntage war vom Gauvorstand eine Bezirksvorsteherkonferenz nach Berlin einberufen. Derselbe beschäftigte sich u. a. mit der Aufstellung von Kandidaten zur Delegiertenwahl für die außerordentliche Generalversammlung und brachten es die Anwesenden (drei Gauvorstandsmitglieder und sieben Bezirksvorsteher) auch glücklich fertig, aus ihrer Mitte fünf Kollegen den Gaumitgliedern für die bevorstehende Wahl vorzuschlagen. Jedemfalls hat die Bezirksvorsteherkonferenz mit dieser Aufstellung einer Kandidatenliste ihre Befugnisse ganz gewaltig überschritten, denn das

Gauereglement enthält nicht einmal etwas von derartigen Konferenzen, geschweige denn von so weitgehenden Befugnissen derselben. Wenn da weiter nichts vorlag, dann hätte das hierfür ausgegebene Geld lieber in der Gaukasse bleiben sollen und dürfte der Gauvorstand auf dem nächsten Goutag einen schweren Stand haben, die Sache zu vertreten. An den Mitgliedern liegt es nun, ihre Rechte zu wahren, sie können ihre Kandidaten in ihren Versammlungen selber aufstellen und müssen gegen eine derartige Bevormundung durch die Verbandsfunktionäre im Gau entschieden protestieren, so daß den Betreffenden derartige Gelüste für immer vergehen. Dem Goutag stehen laut Statut allerdings diese Befugnisse zu, aber ein solcher ist eine aus freien Wahlen hervorgegangene Körperschaft, wo man event. die Vertreter noch mit speziellen Aufträgen versehen kann, während man von der in Rede stehenden Konferenz vorher keine Ahnung hatte, mitßin jene Stellungnahme der Mitglieder ausgeschlossen war. Von anderer Seite wird mitgeteilt, daß einige Kollegen in Stettin, Brandenburg und Frankfurt a. D. zwei andere Kandidaten aufstellen und die Namen derselben den Mitgliedern per Zirkular und in der Sonnabend- oder Dienstagnummer des Corr. mitteilen werden.

**Potsdam.** 16. Juni. Die am letzten Sonnabend stattgefundene Ortsvereins-Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die heutige Versammlung des Ortsvereins Potsdam erklärt sich nach längerer Debatte gegen jede Tarifgemeinschaft. Im übrigen bedauert sie, daß Zwischigkeiten in unsrer Organisation zu Tage getreten sind und hofft, daß sich im Interesse des Verbandes die Parteien auf der Generalversammlung einigen.“

**Saarbrücken-St. Johann.** In einer am 13. d. M. stattgefundenen stark besuchten gemeinschaftlichen Versammlung der Ortsvereine Saarbrücken und St. Johann wurden die jetzt schwebenden Fragen „Tarifgemeinschaft“ und „Correspondent“ behandelt. Das Resultat war, daß nachfolgende Resolution ohne Widerspruch Annahme fand: „Die heutige Versammlung erklärt den neu geschaffenen Tarif für unannehmbar und bedauert die durch denselben hervorgerufene Zerrüttung in der Organisation. Wenn sie auch nicht die Haltung des Corr.-Redakteurs in allem für korrekt hält, so verurteilt sie doch ganz und gar das Verhalten des Zentralvorstandes und der Gehilfenvertreter. Ferner erklärt die Versammlung, da vorher eine Urabstimmung über Annahme oder Ablehnung des Tarifs nicht erfolgt (was von der Versammlung allgemein bedauert wurde. D. V.), zu der demnächst stattfindenden Generalversammlung des Verbandes nur solche Delegierte zu wählen, die gegen die Annahme dieses Tarifs stimmen.“

**Schleswig-Holstein.** (Schluß des Gauvorsichts.) Zu dieser Berichterstattung bemerkt der Vorsitzende noch, daß er den Gehilfenvertreter Klapproth gebeten habe, für mehrere Orte im Gau Lohauschlag resp. eine Erhöhung derselben zu beantragen. Wie bekannt, seien sämtliche Anträge rundweg von den Prinzipalvertretern abgelehnt worden. Dazu hätten nicht zum wenigsten der Hauptartikel im Corr. und die Beschlüsse der Leipziger Versammlung beigetragen. Die Absicht des Gauvorstandes war es, den Gehilfenvertreter Klapproth einzuladen, auf dem Goutag ein Referat zu erstatten. Infolge des ausführlichen Protokolls im Corr. habe er jedoch davon abgesehen. Uebrigens habe die Berichterstattung der Delegierten gezeigt, daß noch ein weites Feld zu bearbeiten sei. Von einem Delegierten wurde auch dem Befremden Ausdruck gegeben, daß einzelne Berichtersteller über Konkurrenzneid unter Prinzipalvertretern referierten und die Tariffache nur nebenächlich behandelten. Im Verlaufe der Debatte wurde die Tarifgemeinschaft angegriffen und der Corr.-Redakteur Gaisch gegen gefällene Angriffe in Schutz genommen. Gaisch habe nur das Interesse der Kollegen im Auge, die Gehilfenvertreter aber nicht. Derselben hätten nicht klug gethan, ihr Einverständnis zur Leipziger Resolution zu geben. Die Tarifgemeinschaft hätte uns bis jetzt keine Vorteile gebracht. Hiergegen wandte sich die Mehrzahl der Redner, indem sie betonten, daß die Tarifgemeinschaft hauptsächlich von Gaisch in die Wege geleitet (Unwahr!) und nachher von demselben Herrn alles Mögliche gethan wurde, dieselbe zu hintertreiben und einen Keil in die organisierte Gehilfenchaft zu schieben. Von einem Berrate der Gehilfenvertreter könne keine Rede sein, da dieselben ihre Pflicht gethan hätten. Unter den gegebenen Umständen war nicht mehr zu erreichen. Inzwischen gingen mehrere Resolutionen ein, von denen die noch folgende mit allen gegen 3 Stimmen angenommen wurde: „Der heutige Goutag bedauert die zwischen der Verbandsleitung und der Redaktion des Corr. eingetretene Spaltung, erwartet, daß auf Grund der Beschlüsse der Tarifvertreter eine Einigung erzielt wird, stimmt aber notgedrungen den Berliner Beschlüssen zu in der Voraussetzung, daß dieselben zur allgemeinen Einführung gelangen und der ganzen Tarifgemeinschaft, also auch der Provinz, zu Gute kommen.“ Eine weitere Resolution, lautend: „Der heute in der Harmonie in Kiel tagende Goutag des Gauces Schleswig-Holstein bedauert das geringe Entgegenkommen der Prinzipale betreffs der neuen Tarifbewegung und sieht als noch viel bedauerlicher die Thatfache an, daß die Gehilfenvertreter zu einer Wiederbegehung der Tarifgemeinschaft ihre Zustimmung erteilen. Vielmehr ist der heute tagende Goutag der Ansicht, daß eine Gemeinsamkeit betreffs der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Buchdruckgewerbe nach den bereits gemachten, für die organisierten Gehilfen höchst bedauerlichen und schädigenden

Erfahrungen nicht bloß nicht im Interesse der Gehilfen-  
schaft liegt, sondern vielmehr geeignet ist, jeder gedehlichen  
und notwendigen Weiterentwicklung der Gehilfenorgani-  
sation hindernd im Wege. Diese Resolution wurde  
mit allen gegen 3 Stimmen abgelehnt. Durch diese Ab-  
stimmung wurde bekundet, daß der Gau Schleswig-  
Holstein in seiner großen Mehrheit die neueste, unre-  
gelmäßige Organisation auf die schädigende Schreibweise des  
Corr.-Redakteurs Gash verurteilt. — Der dritte Punkt  
der Tagesordnung, Antrag Kiel, dem § 14 des Gau-  
statuts folgende Fassung zu geben: „In der Regel findet  
alle zwei Jahre ein Gau-tag statt“, wurde dahin abge-  
ändert, daß es für die Folge heißt: „In der Regel findet  
alljährlich, jedoch mindestens alle zwei Jahre, ein Gau-  
tag statt.“ Mit dieser Aenderung wurde der Antrag  
angenommen. Zwei weitere Anträge, welche darauf  
hinausgingen, die Delegiertenzahl zu den Gautagen ein-  
zuschneiden, wurden infolge der Opposition der Provinz-  
delegierten abgelehnt. Ferner soll mit Gauen, welche  
Zuschußfassen besitzen, in Unterhandlung getreten werden  
zwecks Abschluß von Gegenseitigkeit. — Ein Antrag Flens-  
burg, in § 12 folgenden Minus einzuschalten: e) den  
Unterstützten verstorbenen Mitglieder eine einmalige  
Unterstützung, welche bei mindestens 250 zur Gaukasse  
geleisteten Beiträgen 50 Mk. beträgt und bei 500 Bei-  
trägen auf 75 Mk. sowie bei 1000 Beiträgen auf 100 Mk.  
erhöht werden kann, wurde einstimmig angenommen.  
Ferner wurde ein Antrag des Gauvorstandes ange-  
nommen, dem § 12 Absatz 2b des abgeänderten Regle-  
ments folgende Fassung zu geben: „arbeitslosen Mit-  
gliedern welche noch nicht zum Besitze der Arbeitslosen-  
unterstützung beim B. d. B. berechtigt sind; jedoch  
52 Beiträge zum Verband und 26 Wochen zur Gaukasse  
beizutragen, für die Dauer von 10 Wochen eine Unter-  
stützung von täglich 50 Pf. (wöchentlich 3,50 Mk.);  
zwischen der ersten und einer event. weiteren Unter-  
stützung muß mindestens ein Zeitraum von 13 Wochen liegen.“  
Außerdem Herabsetzung der Karenzzeit für den Gau-  
zuschuß dahin, daß dieser bereits gezahlt wird, wenn das  
betreffende Mitglied während der letzten drei Jahre  
26 Beiträge zur Gaukasse geleistet hat. — Die Remun-  
eration für den Gauvorstand wurde auf 350 Mk. fest-  
gelegt und als Vorort Flensburg wiederbewilligt. Ferner  
wurden die drei Vorstandsmitglieder J. Chr. Behrmann  
als Vorsitzender, B. Schmidt als Kassierer und E. Schmidt  
als Schriftführer einstimmig wiedergewählt. Als Diäten  
für den Gauvorstand und die Delegierten wurden 5 Mk.  
pro Tag festgelegt. Als Ort für die Abhaltung des  
nächsten Gautages wurde Schleswig bestimmt. Das  
Pauschquantum zu außerordentlichen Unterstützungen  
wurde dem Vorstand in der bisherigen Höhe zur Ver-  
fügung gestellt. Unter Retour und Besprochen kamen  
zwei Fälle zur Verhandlung, die eine längere Diskussion  
veranlaßten, jedoch für die Allgemeinheit kein tieferes  
Interesse haben. — Mit einem begeisterten aufgenommenen  
Hoch auf den Verband wurde der Gau-tag geschlossen.

**Stuttgart.** Am 10. Juni fand hier eine von etwa  
400 Mitgliedern besuchte Versammlung statt, welche auf  
schriftliches Ersuchen von 70 Mitgliedern von dem Ver-  
trauensmann Herrn Schröter einberufen worden war.  
Die Tagesordnung lautete: Stellungnahme zu den Maß-  
nahmen des Verbandsvorstandes und den Abmachungen  
der Gehilfenvertreter. Nach Eröffnung derselben erstattete  
der Vertrauensmann zunächst Bericht über die Einführung  
des neuen Tarifs am hiesigen Orte; danach ist in allen in  
Betracht kommenden Geschäften die neunstündige Arbeits-  
zeit mit entsprechender Erhöhung eingeführt. Sodann  
gab er eine Richtigstellung der in der letzten Versamm-  
lung gemachten Mitteilung, wonach einem Neuaus-  
gelernten in der Union seitens der Geschäftsleitung be-  
deutet worden, daß seine Kondition von Dauer sei, wenn  
er dem Verbandsmitglied beitrete. In persönlicher Aus-  
sprache mit dem Oberfaktor Herrn Stöcher habe ihm  
dieselbe mitgeteilt, daß er öfters schlimme Erfahrungen  
mit jungen Leuten, welche bei verschiedenen Vereinen wie  
Gesang-, Turn-, Radfahrer-Vereinen sich beteiligen,  
gemacht habe. Den Verband habe er nicht gemeint, da  
er niemand das Koalitionsrecht kürzen wolle, es sei  
seinerseits nichts im Wege, wenn jemand in den Verband  
eintreten wolle. Redner kam dann kurz auf die letzte  
Gauvorsteher-Konferenz zu sprechen und brachte zur Kenntnis,  
daß im Juli eine außerordentliche Generalversammlung  
des Verbandes stattfinden. Zur Tagesordnung übergehend,  
fragte Redner an, ob die 70 Mitglieder, welche die Ver-  
sammlung mit obiger Tagesordnung beauftragt hätten,  
sich einen Referenten aussuchen hätten, um ihre Wünsche  
kundzugeben. Hildenbrand gab seiner Verwunderung  
Ausdruck über Einberufung einer ordentlichen statt  
einer außerordentlichen Versammlung und erklärte  
sich bereit, das Referat zu übernehmen. Redner gab  
sodann in ausführlicher Weise ein Bild über die Tarif-  
bewegung seit 1873, feststellend, daß es sich zur Zeit  
nicht um nebensächliche oder formelle, sondern um recht  
wichtige prinzipielle Fragen handle. Der Streit um die  
Tarifgemeinschaft sei bereits von der Generalversamm-  
lung in Breslau entschieden worden, gleichwohl habe der  
Zentralvorstand wiederholt versucht, mit den Prinzipalen  
anzubandeln, trotz mehrfacher Demittungen. Redner  
tadelte ferner die geheime Abhaltung von Gauvorsteher-  
Konferenzen. Die Vorstände hätten doch ihre Direktiven  
von den Mitgliedern zu holen und diese letzteren deshalb  
vorher zu befragen. Auf die Vorgänge in neuerer Zeit  
zurückkommend, tadelte Redner die bekannten Abmachungen,  
welche den Prinzipalen die Vortrefflichkeit auf dem Tarif-

gebiete sicherten. In dem Vorgehen des Zentralvorstandes  
gegen Gash vermisse Redner sachliche Gründe, ebenso in  
den Ausführungen der Gauvorsteher, er sah darin vie-  
mehr eine Diktatur, welche nur geeignet sei, Zersplitte-  
rung unter den Mitgliedern herbeizuführen. Schröter  
wandte sich zunächst gegen die Angriffe des Vorredners  
betr. der Gauvorsteher-Konferenzen, Hildenbrand habe ja  
selbst in der Breslauer Generalversammlung dafür ge-  
stimmt, den Gauvorstehern die weitere Behandlung der  
Tariffrage zu übertragen. Ein Geheimnis sei aus diesen  
Konferenzen nicht gemacht worden und er (Redner) habe  
sich auch stets in Fühlung mit den Mitgliedern gewiß.  
Was seine Stellung zur Tarifgemeinschaft betreffe, so sei  
er gegen dieselbe, besonders gegen die Schiedsgerichte und  
das Tarifamt, die Gewergerichte seien jedenfalls vor-  
zuziehen. Auch die Arbeitsnachweise führten auf eine  
gleiche Ebene, wie dies z. B. Leipzig zeige, wo der Nach-  
weis vollständig in den Händen der Prinzipale sich be-  
finde. Ebenso hätten die hiesigen Prinzipale einen  
Arbeitsnachweis, aber nur für Mitglieder der Prinzipals-  
kasse. Doch dürfe man nicht das Kind mit dem Bad  
ausschütten. Unsere Vertreter hätten sicherlich alles ge-  
than, um etwas herauszuschlagen, und Unterhandlungen  
müßten doch stets stattfinden. Die Haltung des Corr.  
könne Redner nicht als sachlich bezeichnen. So sei  
unserem Vertreter vorgeworfen worden, er hätte die Mit-  
glieder täuschen wollen, weil er die Versammlung ein-  
berufen hätte, ehe der Bericht im Corr. erschienen.  
Die Versammlung sei aber von ihm, Redner, einberufen  
worden, um den vielen Nachfragen aus dem Wege zu  
gehen. Auch über die Bepreparieren sei etwas berichtet  
worden, was nicht der Wahrheit entspreche. Auch sonst  
könne sich Redner mit dem Verhalten des Kollegen Gash  
nicht befreunden. Eine Entschuldigung für dessen Vor-  
gehen sei nur in dem Verhalten der Leipziger Prinzipale  
zu erblicken. Am überlegte die Ausführungen des  
Referenten in Bezug auf die Entwicklung des Tarifs  
und meinte, daß der Fabel über das zu-Grabe-tragen  
der Tarifgemeinschaft kurz vor dem Ausstehen hier nicht  
so stark gewesen sei, als behauptet werde, ehe sei ein  
Gruseln über diese gekommen; weil der an die Nieder-  
legung der Mandate geknüpfte Zweck, die Prinzipale da-  
durch wieder zu Verhandlungen zu zwingen, eben auch  
nicht erreicht wurde. Die Erfahrungen, die wir in den  
letzten fünf Jahren gemacht, seien nicht dazu angethan,  
nach Erfolgen auszugehen. In Bezug auf das Verhalten  
des Kollegen Gash machte Redner demselben die schon  
oft gehörten (und widerlegten. Red.) Vorwürfe, daß er  
von Anfang an alles mitgemacht und dann mit einem  
Mal abgeschwenkt sei, und warnte davor, jetzt Stellung  
zu nehmen in dem Streite Döblin contra Gash, man  
solle es vielmehr ruhig der Generalversammlung über-  
lassen, hierin nach sachlicher Prüfung Klarheit zu schaffen,  
stellte auch einen diesbezüglichen Antrag. Redner  
nahm den Zentralvorstand wie Gauvorstand in Schutz  
und polemisierte gegen Gash. Er ist zufrieden mit den  
getroffenen Abmachungen, um nicht in einen Kampf  
eintreten zu müssen. Einen Versuch könne man immerhin  
machen, wenn es sich dann zeige, daß die Sache nicht  
günstig für uns liege, könnten wir ja wieder zurück-  
treten. Säuherlich wies chronologisch nach, daß Gash  
mit seiner Opposition erst begann, als die Tarifab-  
machungen fast perfekt waren. Gash wußte genau, daß  
ohne Tarifgemeinschaft nichts von den Prinzipalen zu  
erzielen war, er hätte also früher davor warnen oder den  
Abbruch der Verhandlungen schon in Leipzig herbeiführen  
sollen, das habe er aber gerade vermeiden durch den be-  
kannten Maschinenmeisterpaß. Nun habe er die Partei-  
presse zu Hilfe gerufen, deren Einmischung in unsere  
Angelegenheiten er wiederholt und mit Recht zurück-  
gewiesen habe. Diese habe ihn denn auch ausgiebig  
succurs geleistet. Redner mißbilligte dies und zog eine  
Parallele zwischen Gash und einem sozialdemokratischen  
Redakteur, der in ähnlicher Weise wie ersterer sich renitent  
zeige. Mit einem solchen würde man nicht viel Ferber-  
lebens machen. Leider aber mache sich in der modernen  
Arbeiterbewegung eine Strömung bemerkbar, welche ge-  
eignet sei, die gewerkschaftliche Organisation und besonders  
die der Buchdrucker zu schädigen, ohne der allgemeinen Sache  
zu nützen, von dieser Strömung habe sich Gash fortreißen  
lassen. Kowald: Er habe sich schon in der letzten Versamm-  
lung gegen die Tarifgemeinschaft ausgesprochen. Mit den  
persönlichen Redereien habe Döblin den Anfang gemacht,  
er habe Gash schmutzige Motive untergeschoben wollen.  
Die Gauvorsteher-Konferenz wäre nicht berechtigt, Gash  
kaltzustellen. Feuerstein: Eämtliche Gehilfen seien  
mitschuldig an der Tarifgemeinschaft, denn in der letzten  
Versammlung sei die Resolution Hildenbrand einschließ-  
lich der Tarifgemeinschaft angenommen worden. Es sei  
jedoch zu vermerken, weil sie uns für die Zukunft ge-  
fährlich werden könnte. Höchstens einige Punkte der  
Vorlage seien annehmbar. Witzig wendete sich gegen  
Gashes Schreibweise, dabei auf ein früheres Renkontre  
zwischen ihm und Gash hinweisend. Wendler torrigierte  
einige Ausführungen Hildenbrands bezüglich der Haltung  
des Zentralvorstandes. Döblin hätte ganz recht gehabt,  
jeden Kampf zu vermeiden, indem gleich bei Beginn der  
Bewegung verschiedene Gauvorsteher erklärt hätten, ihre  
Kreise seien nicht schlagfertig. Auch heute sei dies noch  
nicht überall der Fall. Gegen Gash erhebt Redner den  
Vorwurf, nicht sachlich gewesen zu sein; Gash hätte  
früher selber geschrieben, daß man den Prinzipalen die  
Hand zur Versöhnung reichen müsse, und habe dabei  
selbst bindende Kontrakte vorausgesetzt. (?) Tau sch er recht-

fertigte Gashes Verhalten. Redner habe den Corr. stets  
mit Hochgenuß gelesen. Gash habe die Einsicht gehabt,  
beizeiten umzukehren und zu warnen, dadurch habe er  
sich große Verdienste erworben. Er hätte gewünscht,  
Gash wäre angewendet gewesen, dann wäre vieles aufge-  
klärt worden. Redner wendete sich dagegen, daß die  
Generalversammlung sich auf weitere Kompromisse ein-  
lasse. Rauffmann wendete gegen Hildenbrand ein,  
nicht die Tarifgemeinschaft sei schuld an der Niederlage  
von 1891, sondern eher das Verhalten Gashes, welcher  
alle Pläne lange Zeit vorher bekannt gegeben hätte. (?)  
Der Corr. sei nicht objektiv gehalten, denn er hätte schon  
geschrieben, nur diejenigen seien richtige Gewerkevereinsmit-  
glieder, welche der Partei angehören. (Unwahr.) Dies sei  
eine Beleidigung für Andersdenkende. Leipzig sei schon lange  
der Stein des Anstoßes gewesen, hätte sich früher schon  
separiert verhalten. Anie: Gash habe gegen die Prin-  
zipalen des Verbandes verstoßen. Eine Verständigung  
mit dem Vorstand und den Gauvorstehern hätte statt-  
finden müssen. Nidel hätte sich auf den Standpunkt  
der Resolution Gash gestellt, aber nach Präzisierung der-  
selben durch Gash sein Mandat niedergelegt. Gash  
jedoch hätte erklärt, sein Mandat event. auszuüben.  
Hildenbrand konstatierte, daß sich kein Redner auf den  
prinzipiellen Standpunkt gestellt habe. Für ihn sei  
maßgebend, was Gash jetzt thue, nicht was er früher  
gethan. Die Hauptsache sei, sich gegen die Tarifgemein-  
schaft zu wenden. Bei der nun erfolgenden Abstimmung  
werden die zwei ersten Punkte der Resolution Hildenbrand  
angenommen, welche lauten: 1. Die heutige Versamm-  
lung der Stuttgarter Mitglieder des B. d. B. spricht  
der loyalen Handlungsweise der Stuttgarter Prinzipale,  
welche die Verletzung der Arbeitszeit mit entsprechender  
Lohnherabsetzung durchführte, ihre volle Anerkennung aus  
und hofft, daß es möglich sein wird, auf Grund der jetzt  
geschaffenen Situation am Orte auch in Zukunft den so  
notwendigen Frieden im Gewerbe aufrecht zu erhalten.  
2. Die Versammlung verwirft jedoch entschieden die in  
Berlin zwischen den Vertretern der Prinzipale und Ge-  
hilfen getroffenen Abmachungen, welche darauf hinaus-  
laufen, eine Tariforganisation zu schaffen, welche geeignet  
wäre, den Gehilfen auf fünf Jahre jeden Einfluß auf  
die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu rauben und die  
ganze Tariffrage einer Institution überliefern, die sich  
dem vorherrschenden Einflusse der Leipziger Prinzipals-  
leitung nicht entziehen könnte. Sie kommt zu dieser  
Verwerfung, weil die Verbesserungen, unverzüglich be-  
schlossen, doch nur einem Teil der Kollegenschaft zu gute  
kommen würden. Punkt 2 wurde gegen eine bedeutende  
Minorität angenommen. Sodann wurde noch der An-  
trag Anie: „Die heutige Mitgliedschaft nimmt eine  
Stellung zum Streite zwischen Redaktion des Corr. und  
Zentralvorstand nicht, sondern überträgt die Entscheidung  
der Frage der außerordentlichen Generalversammlung  
des Verbandes Deutscher Buchdrucker“ mit 133 gegen  
104 Stimmen angenommen. Schluß 1/2 Uhr.

**Biesbaden.** In der am 13. Juni abgehaltenen  
außerordentlichen Mitgliederversammlung referierte Herr  
Gauvorsteher Haas aus Mainz über die Tarifverein-  
barung und die Haltung des Correspondenten. Redner  
sprach in streng sachlicher Weise und, wie er ausdrücklich  
betonte, ohne der Person Gashes zuzunehmen zu wollen.  
In der hieran anschließenden sehr bewegten Diskussion  
wurde von mehreren Rednern sowohl für den Redakteur  
als gegen denselben gesprochen. Schließlich nahm die  
Versammlung von drei eingelaufenen Resolutionen folgende  
an: „Die heutige Versammlung ist weder für die Amts-  
niederlegung des Zentralvorstandes noch für die Sus-  
pension Gashes. Sie erblickt in der bereits aus-  
geführten Generalversammlung den einzig richtigen  
Weg, die Gegensätze zu beseitigen.“

**Burgin.** Die hiesige, aus 12 Kollegen bestehende  
Mitgliedschaft nahm in einer am 16. d. M. abgehaltenen  
Versammlung nach längerer Debatte folgende Resolu-  
tion gegen 2 Stimmen an: „Die Versammlung verurteilt  
aufs entschiedenste die Tarifabmachungen; sie ist der Über-  
zeugung, daß den Prinzipalen keine Zugeständnisse ab-  
behalten, sondern denselben nur durch den Druck der  
Organisation abgerungen werden können. Dem Kollegen  
Gash spricht die Versammlung für sein wenn auch ver-  
spätetes manhaftes Eintreten für die Anerkennung aus  
und tadelte die Annahme des Zentralvorstandes sowie  
der Gauvorsteher, wegen dieses Eintretens über Gash  
zu Gericht sitzen zu wollen. Gleichzeitig spricht sie aber  
auch aus, daß Kollege Gash schon früher, trotz des  
Widerstandes des Zentralvorstandes, seine Meinung hätte  
offen vernehmen müssen.“ Es wurde alsdann beschloffen, zum  
Delegierten für die außerordentliche Generalversammlung  
Kollegen H. Stenders Burgin den Mitgliedern des  
Gauverbandes Dresden mit zu empfehlen, welcher im Sinne der  
Resolution auf derselben wirken werde. — Die hiesige  
Buchdrucker von E. Wüdel ist durch Kauf in den  
Besitz der Kollegen Wische und Seidel aus Leipzig über-  
gegangen. Hoffentlich werden dieselben den Grundstücken,  
welche sie als Gehilfen verpachten, niemals unterzügen.

### Kundschau.

Jetzt werden es hoffentlich alle Kollegen des Gauverbandes  
Dresden wissen, daß dem Corr.-Redakteur auf dem  
Dresdener Gautage für sein unkorrektes Verhalten ein  
Tadel ausgesprochen wurde. Birkular Nr. 1. des dortigen  
Gauverbandes ergeht sich darüber ja noch einmal in  
begreiflicher Breite. Die Herren Wendtje und Stettin,

auf deren Verlangen dies geschah, hätten durchaus nicht notwendig gehabt, in diesem Zirkular extra zu betonen, daß sie sich frei von jeder persönlichen Voreingenommenheit fühlten". Beweis dessen ist die Zirkular-Mitteilung genug. Wir verwahren uns aber dagegen, daß dem Vorgehen der Corr.-Redaktion selbsttätige Diktaturbestrebungen unterworfen werden. Diese sind durchaus nicht hier, sondern auf Stellen bis zum Ueberdruß geübt worden, mit denen auch die Herren Wendische und Steinbrück in näher Beziehung stehen. Der Corr. hatte nicht nur das Recht, sondern die heiligste Pflicht, Schäden aufzudecken, an denen die Schlichenschaft sonst langsam umgekommen wäre. Er wird dies, wie wir hoffen, auch in Zukunft unentwegt weiter thun dürfen, unbesümmert darum, wie oft der Stadtrath des Staatsanwaltes Steinbrück noch erlassen wird.

Der frühere Redakteur und Geschäftsführer der Bürgerzeitung in Bremen, Gottlieb, wurde wegen betrügerischen Bankrotts zu 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus und zweijährigem Ehrverluste verurteilt.

Während der Lohnbewegung der Papper in Berlin wurden 10596,15 Mk. vereinnahmt und 5519,73 Mk. verausgabt. Trotz des verbleibenden Ueberschusses wurde die bisher erhobene Wochensteuer von 50 Pf. beibehalten, um für etwaige weitere Lohnkämpfe gerüstet zu sein.

### Briefkasten.

Entgegen unserer ursprünglichen Absicht sehen wir uns, um die sachliche Diskussion nicht zu gefährden, nun dennoch gezwungen, rein persönlichen, nicht in Bezug auf die Sache stehenden Angriffen die Ausnahme zu versagen. Diesbezügliche Beschwerden möge man der Generalversammlung unterbreiten. — Herr Reichbauer-München ersucht uns kurz vor Drucklegung von Berlin aus um Retournerung seiner Einsendungen und konnte dieserhalb ein uns gegnerisch geminnter Artikel in dieser Nummer nicht mehr zur Aufnahme gelangen. — Verschiedene Einsendungen, darunter Versammlungsberichte von Berlin, Düsseldorf usw. mußten Raumwangel wegen zurückgestellt werden. Wir bitten deshalb, bei allen Ein-

sendungen um möglichste Kürze. — M. K. in Dresden: Nächste Nummer. — B. in London: Vorläufig zurückgestellt; das übrige wird besorgt. — K. in Apolda: Nach vollzogener Wahl, da jetzt verfrüht; wohl einverstanden? — G. in Gießen: Das Material ging hier nicht ein. — Herrn Schaffrath in Dresden: Ein nochmaliges Eingehen auf die Bericht-Angelegenheit dürfte für die Leser belanglos sein. — S. in Kassel: Abgelehnt.

Von dem der heutigen Nummer beiliegendem Flugblatt, für dessen weiteste Verbreitung Sorge zu tragen gebeten wird, sind Partien zur Weiterverbreitung durch die Geschäftsstelle des Corr. kostenlos zu beziehen.

Zur Deckung der für die Klarstellung der Sachlage jetzt unternommenen Agitationen werden wir die sich dafür interessierenden Kollegenkreise später nötigenfalls um Zuwendung von Geldbeträgen ersuchen.

### Verbandsnachrichten.

Bezirk Elberfeld. Sonntag den 28. Juni, nachmittags 4 Uhr, findet in Elberfeld im Lokale des Herrn Sauerzopf, Bachstr. 92, eine außerordentliche Bezirksversammlung statt und sind Anträge hierzu bis zum 23. Juni an den Vorstand einzureichen. Die Tagesordnung wird durch Zirkular bekannt gegeben.

Bezirk Göttingen. An Stelle des nach Kassel verzogenen Schriftführers K. Luchardt ist Kollege Hermann Scholz, Huthsche Universitäts-Buchdruckerei, gewählt.

Offen. Der Sezer Joseph Schmitt aus Mainz, welcher am 26. Januar 1896 in Wattenscheid eingetreten und ohne sich abzumelden abgereist ist, wird hierdurch aufgefordert, sein Buch einzulösen, widrigenfalls Ausschluß erfolgt.

Seetende. Die Buchdruckerei der Nordwestdeutschen Zeitung in Bremerhaven ist für Verbandsmitglieder geschlossen.

Halle a. S. Den Austausch der Johannistagsdrucksachen übernimmt K. Riepschmann, Mansfelderstr. 49. Im Anschluß an das Johannistfest findet am 28. Juni

eine Druckfachen-Ausstellung statt, zu welcher Einsendungen sehr willkommen sind.

Posen. Der Sezer Otto Canow aus Posen, z. B. in Berlin, wird aufgefordert, seinen Berichtungen hier nachzukommen, widrigenfalls Ausschluß erfolgt.

Bismar i. R. Zu dem am Sonntage dem 21. Juni hier selbst stattfindenden Gantage haben wir alle Kollegen unferes Gaues hierdurch freundlichst ein.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einsendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die belegte Adresse zu senden):

In Freiburg i. B. der Sezer Karl Raumann, geb. in Gorbstadt 1872, ausgel. das. 1892; war schon Mitglied. — W. Klepper, Scheffelstraße 25.

In Gera der Maschinenmeister Richard Krauß, geb. in Schwarzenberg 1874, ausgel. das. 1893; war noch nicht Mitglied. — B. Dreini in Gera, Bauvereinsstraße 14.

Zu Orlowick a. S. der Sezer Karl Ernst Opatz, geb. in Orlow bei Bismarck 1875, ausgel. in Leipzig 1893; war noch nicht Mitglied. — W. Schulze in Halberstadt, Vöhtengraben 17.

In St. Johann (Saar) der Sezer Jakob Fern, geb. in Sobornheim 1864, ausgel. in Kirn 1883; war schon Mitglied. — K. Radenach in Saarbrücken, Megerstraße 17.

### Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung.

Freiburg i. B. Vom 1. Juli ab befindet sich die Wohnung des hiesigen Bezirksvorstehers und Reisekassenverwalters W. Klepper in der Nägeleserstraße 18, I. Die Herren Verwalter der umliegenden Poststellen werden freundlichst gebeten, besonders unsere reisenden Mitglieder auf diese Notiz aufmerksam zu machen.

Orlitz. Der Sezer Fritz Günther aus Schreiberhau, zuletzt in Orlitz, wird ersucht, der dortigen Polizei wegen militärischer Angelegenheiten seinen jetzigen Aufenthalt anzugeben. Die Herren Reisekassenverwalter werden gebeten, diesen darauf aufmerksam zu machen.

Belegnummern 5 Pf. — Betrag bei Aufnahme zu entrichten. Offerten für Beiratswahl zur Weiterbeförderung beizulegen.

## Anzeigen.

**Nachweisbar rentable Buchdruckerei**  
f. Accidenzgesch., Tagelöh. mit vielen Annoncen in südd. Industriezeitung, umständl. zu verkaufen. Offerten sub Nr. 796 befördert die Geschäftsstelle d. Bl.

## Schriftgießer

welcher mit den verschiedenen Branchen des Faches gut verwandt ist, findet dauerhafte Stellung bei

G. Schildknecht in Brüssel.

### Junger, tüchtiger Accidenzsetzer

auch in allen anderen Sprachen bewandert, sucht sofort Kondition. Beste Offerten unter J. E. 797 an die Geschäftsstelle d. Bl.

### Ein tüchtiger Maschinenmeister (verh.)

in Jülich, Westf., Plattendruck überhaupt mit allen Arbeiten und Motor vertraut sucht dauernde Stelle. Offerten unter Nr. 801 befördert die Geschäftsstelle d. Bl.

### Berein der in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend.

Donnerstag den 25. Juni, abends 7 1/2 Uhr in den Arminhallen, Kommandantenstraße 29

#### Öffentliche Versammlung.

Tagesordnung: 1. Wie stellen wir uns zur Abhaltung eines Delegiertentages? 2. Wahl einer Kommission. 3. Wahl eines Delegierten zur Gewerkschaftskommission. 4. Verschiedenes. Der Einberufer. [800]

## Bezirk Barmen.

Sonntag den 28. Juni, nachmittags, im Düringerhof zu Vürtringshausen:

## Bezirks-Johannisfeier!

Konzert, Theater, Volksbelustigungen. Ball. Die Kollegen der umliegenden Bezirke sind freundlichst eingeladen. [795]

Das Festkomitee.

## Ortsverein Dortmund.

Zu dem am Sonntag dem 27. Juni abends 7 Uhr in den Räumen des Gewerbevereins stattfindenden

## Johannisfest

werden die Mitglieder des Bezirks freundlichst eingeladen. Die Festkommission. [799]

### Den verehrl. Ortsvereinen zum Johannistfest empfohlen!

Man verlange gratis den Graph. Anzeiger Halle-Saale.

Man verlange gratis den Graph. Anzeiger Halle-Saale.

### \* Ahlen \* Pincetten \*

in verschiedenen Ausführungen und feinsten Qualität.

Buchdrucker-Werkzeugkasten 6,95 Mk. fr. p. Nachh.

Winkelhaken in Stahl, vernickelt, Hartgummi u. Neusilber 2. h. Preisen.

Bei Mehrbezug würde ev. bedeutende Preisermäßigung eintreten. Ill. Preisliste auf Verlangen gratis und franco.

Gatzenberg-Haus Franz Franke BERLIN S. 42. Prinzenstr. 31.

## Bezirk Magdeburg.

Zu dem am Sonntage dem 28. Juni d. J. in Burg b. M., Restaurant Gerrentrug, stattfindenden

## Bezirks-Johannisfest

werden die geehrten Mitglieder des Bezirks hiermit freundlichst eingeladen. [801]

Das Fest-Komitee.

## Neumünster.

Sonntag den 21. Juni, morgens 10 Uhr, Versammlung im Solfen Hof. Tagesordnung: Stellungnahme zum Tarif usw. Referent W. Schwand-Blensburg. Die umliegenden Druckorte werden ersucht, Delegierte zu entsenden. Anzeigen werden vergütet.

### Verlag von Alexander Waldow, Leipzig.

Praktisches Handbuch für Buchdrucker im Verkehre mit Schriftsetzern. Von Hermann Smalian. Preis 5,25 Mk.

Die Galvanoplastik und ihre Anwendung für die Buchdruckerkunst. Von A. Hering. Pr. 2,50 Mk.

Anleitung zur Chemotypie. Von A. Isermann. Preis 1,75 Mk.

Die Zinkographie in der Buchdruckerkunst. Von Jos. Böck. (Separatdruck aus der Encyclopaedie der graphischen Künste.) Preis 2 Mk.

Die Herstellung von Tonplatten in Karton, Celluloid, Maserholz, Chagrin, Moirépapier usw. Von W. Weiss. Mit 14 Illustrationen. Preis 1,50 Mk.

Anleitung zur Holzschneidekunst. Von A. Hering. Preis 2,25 Mk.

Anleitung zur Stereotypen-Glosserei in Gips- und Papiermatrizen. Herausgegeben von A. Isermann. 3. vermehrte und verbesserte Auflage. Auf Grund bewährter Quellen und praktischer Erfahrungen dargestellt von Christian Höhn und H. Schwarz. 7 1/2 Bogen Oktav mit 54 auf 7 Beilagen und im Text abgedruckten vortrefflichen Illustrationen. Preis broschiert 4 Mk., gebunden 5 Mk.

Illustriertes Wörterbuch der gebräuchlichsten Kunstausdrücke aus dem Gebiete der Architektur, Chromatik, Malerei, Mythologie, Ornamentik usw. für den Buchdruck und verwandte Zweige. Gesammelt und erklärt von Friedrich Bosse. Preis brosch. 5 Mk. Eleg. geb. 6,50 Mk. [6 Bestellungen erbitte per Buchhandel od. direkt per Postanzahlung, da loh unter Nachnahme nicht expediere. Der Verlag wurde wiederum in Chicago prämiert.

### Richard Härtel, Leipzig-U.

Buchhandlung (Verlag des Graph. Beobachters) Antiquariat, Klein-Altendamm für Buch- und Feindruck (Webers Compilten). Bestellungen direkt erbeten.

Die Chromolithographie, mit besonderer Berücksichtigung des modernen auf photogr. Grundlage basierenden Verfahrens. Von Friedr. Seife. Mit 16 chromolith. Tafeln mit 82 Abbild. im Texte. In 10 Lieferungen à 1,50 Mk.

Graphische Skizzen. Von C. Kulle. 10 Tafeln in Farbendruck mit mehr als 60 Skizzen, Matten u. Sappelspielen sowie einem reich illust. Bogen Texte. Preis 1 Mk.

Offertenriefe, die von der Geschäftsstelle weiter befordert werden sollen, müssen genau und frankiert und ihnen eine Marke beigelegt sein. Bei Aufgabe kleinerer Inseratenaufträge ist der Betrag gleich zu einzulösen.